

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt und Zeit'...

Telegraphen-Adressen: 'Vorwärts' Berlin...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Angegebene Preise: Die einzeltägige Sonntagsbeilage...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 9. Juli 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Keine Handelsverständigung mit Polen

Die ersten Wirkungen des Zollkrieges.

Das halbamtliche Wolffsche Telegraphenbureau veröffentlicht eine Erwiderung auf das Angebot der polnischen Delegation...

Die deutsche Erwiderung läßt vermuten, daß nicht nur in der Sicherheitsfrage, sondern auch sonst die Meinungen der maßgebenden Stellen von heute wirr durcheinandergehen.

Eine solche Demonstration würde politisch nichts nützen, wirtschaftlich aber unabwehrbaren Schaden anrichten.

Die Folgen des Zollkrieges.

Breslau, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die deutschen Kampfmaßnahmen gegen den polnischen Handelskrieg...

Luthers Zugeständnis.

Zählungnahme mit dem Auswärtigen Ausschuss.

Die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses sind nach der Verfassung geheim.

Zu Beginn der Sitzung erklärte der Reichszankler Dr. Luther, es seien bisher zwei Entwürfe einer Antwortnote an Briand ausgearbeitet.

Genosse Hermann Müller erwiderte dem Reichszankler, es handle sich nicht darum, die Antwortnote von 493 Abgeordneten redigieren zu lassen.

Im Verlauf der Debatte gab Reichsaußenminister Dr. Stresemann die Erklärung ab, daß er nach wie vor an dem Memorandum festhalte.

Der Auswärtige Ausschuss ist zum Dienstag, den 14. Juli, wieder einberufen worden.

Fortschreitende Räumung.

Böhm, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Stadtverwaltung von Reddinghausen, Gelsentirchen, Hallingen, Milten und Böhm haben von der Besatzungsbehörde die Mitteilung erhalten, daß sämtliche Quartiere der Besatzung im Laufe dieser Woche zurückgegeben werden.

treffen. Allein die Kattowitzer Kolliegesellschaft hat in den letzten Tagen vier Gruben stilllegen müssen...

Zollsorgen der Regierung.

Sie sucht immer noch eine Mehrheit.

Ein Korrespondenzblatt meldet:

Am Mittwochabend nach der Plenarsitzung fanden Verhandlungen zwischen dem Reichszankler Dr. Luther und den Vertretern der Regierungsparteien statt.

wird nach Worms verlegt. Mit dem Abtransport der Truppen aus Hallingen ist bereits begonnen worden.

Reddinghausen soll nach Mitteilung der Befehls an die Stadtverwaltung am 14. Juli von den Besatzungstruppen geräumt werden.

Verfassungsfeier 1925.

Ein Beschluß des Preussischen Staatsministeriums.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit:

Die Preussische Staatsregierung hat beschlossen, zur Feier des Verfassungstages am 11. August d. J. die gleichen Anordnungen wie im vergangenen Jahre zu treffen.

1. Sämtliche staatlichen Dienstgebäude, sowie die Gebäude der Selbstverwaltungskörper haben am 11. August in den Reichs- und Landesfarben zu flaggen.

2. An allen Orten, die Sitz eines Oberpräsidiums, einer Regierung oder eines Landrates sind, haben die Vorstände dieser Behörden sich mit den dort vertretenen anderen Landes- und Reichsbehörden sowie mit den Spitzen der Kommunalbehörden verständigt.

3. Wegen der Feier im einzelnen (Ansprachen, musikalische oder sonstige Darbietungen und dergl.) wird den Behörden weitestgehende Handlungsfreiheit gelassen.

4. Zu den Feiern sind Vertreter der Bevölkerung hinzuzuziehen. Zur Teilnahme sind die Spitzen der Militärbehörden, sowie die Organisationen der Arbeiter- und Arbeitgeberverbände, Handels- und Handwerkskammern, Innungen, Beamten- und Angestelltenorganisationen besonders einzuladen.

5. Sämtliche Staatsbeamten sowie die Beiratungen der Selbstverwaltungskörper sind durch die Vorstände der Behörden zu den Festlichkeiten einzuladen.

Die holländischen Wahlen.

Von J. F. Ankermit, Amsterdam.

Das Ergebnis der am 1. Juli abgehaltenen holländischen Parlamentswahlen ist rechtlich in würdiger Weise an die ansehnlichen Erfolge, die die Sozialdemokratie im letzten Jahre in Deutschland, England, Frankreich, Schweden, Dänemark und Belgien erreicht hat.

In politischer Hinsicht wird dieser Erfolg noch beachtenswerter, weil auch die Freisinn-Demokraten, die ein sehr fortschrittliches Programm aufgestellt hatten, von 5 auf 7 Mandate stiegen.

Allerdings ist es diesem Ansturm der Demokratie und des Fortschritts diesmal nicht gelungen, die herrschende liberale Koalition in die Minderheit zu bringen.

Trotzdem wird die starke Vermehrung unserer Stimmen allgemein als ein großer sozialdemokratischer Sieg betrachtet und es fehlt in einem Teil der liberalen Presse schon nicht an Mahnungen, den Bogen der Reaktion in Zukunft nicht allzu stark zu spannen.

Der Wahlsieg ist unserer Partei nicht geschenkt. Wohl selten ist in Holland ein Wahlkampf in so erbitterter Weise und von unseren Gegnern mit so skrupellosen Mitteln geführt worden wie der eben verlaufene.

Es hat alles nichts geholfen. Sogar im katholischen Süden des Landes ist unsere Stimmenzahl beträchtlich gestiegen und haben wir ein zweites Mandat erobert.

Unser Sieg hat auch die Scharte ausgeweicht, die uns zunächst vor drei Jahren die Einführung des Frauenwahlrechts zugefügt hatte.

an die Wahlurne traten, noch in bürgerlichen Vorurteilen befangen waren und vielfach meinten, ihre religiöse Einstellung verböte ihnen, der sozialistischen Liste ihre Stimmen zu geben. Drei Jahre politischer Erziehung auch der Frauen haben das ihrige getan. Das Frauenwahlrecht, von der liberalen Reaktion hoffnungslos akzeptiert, fängt schon an, ihr zum Verhängnis zu werden. Insbesondere die Abrüstungsforderung ist von zahlreichen Frauen mit lautem Jubel begrüßt worden.

Eine Besonderheit, die zur Befriedigung Anlaß gibt, ist auch der Zusammenbruch der kommunistischen Partei bei diesen Wahlen. Kurz zuvor hatte die Moskauer Exekutive gemeint, in die fortwährenden erbitterten inneren Kämpfe der K. P. Hollands eingreifen zu müssen, indem sie die bisherige Parteileitung, obwohl sie über eine kleine Majorität innerhalb der Partei verfügte, aus allen Ämtern fortjagte. Sie zwang auch die beiden bisherigen Parlamentarier des Kommunismus, Wynkoop und Dr. van Kavelsteijn, ihre Kandidaturen zurückzuziehen. Die Folge war, daß die Kommunisten ein Drittel ihrer Stimmen und eines ihrer beiden Mandate einbüßten und nun von einem vollständig unwissenden Maulhelden, einem gewissen De Bissler, im Parlament vertreten sein werden. Die sowieso schon unbedeutende Rolle, die unsere Kommunisten innehaben, ist damit wohl gänzlich ausgespielt, was der gesunden Arbeiterbewegung nur zum Vorteil gereichen kann.

So hat die holländische Sozialdemokratie alle Ursache, mit stolzer Genugtuung auf diese Wahlen zurückzublicken. Die Partei und ihre sehr gut zusammengesetzte, erstarrte Kammerfraktion werden es nicht unterlassen, aus dem erlangten Sieg für das Proletariat alle Vorteile zu holen, die sich daraus ergeben können. Bedauert die Partei es auch aufs tiefste, daß ihr bisheriger verehrter und unbefristeter Führer Troelstra sich wegen seines unerfreulichen Gesundheitszustandes genötigt gesehen hat, sich zurückzuziehen, so verbürgt ihre ungeschmälerte Kampfbereitschaft trotzdem in schwerer Zeit neuen Sieg.

Gegen die Lüge von Deutschlands Alleinschuld Ein französischer Aufruf.

Paris, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Links- und Zentrumspresse veröffentlicht am Donnerstag einen von Victor Marguerite verfaßten und von etwa hundert im öffentlichen Leben Frankreichs an hervorragender Stelle stehenden Politikern, Militärs, Künstlern und Schriftstellern unterzeichneten

„Appell an die Gewissen“.

Dieser Aufruf fordert um der Wahrheit, der Gerechtigkeit und des Friedens willen die Ausmerzung der Artikel 227 bis 231 des Friedensvertrages, d. h. des Deutschland mit Gewalt aufgezungenen Bekenntnisses seiner alleinigen Schuld am Kriege und des den Alliierten vorbehaltenen Rechts zu Sanktionen und Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland. Die öffentliche Meinung in Deutschland, heißt es in diesem mutigen Aufrufe, lehnt sich nicht gegen die ihm durch die Reparationen auferlegte materielle Last auf; sie hat deren Notwendigkeit begriffen und die Regelung, wie sie nunmehr durch internationale Vereinbarung festgelegt worden ist, auf sich genommen. Was Deutschland nicht erträgt, ist das ihm mit Gewalt entzogene Geständnis seiner einseitigen Schuld am Kriegsausbruch und seiner alleinigen Verantwortung für den Krieg. Wenn Frankreich dagegen an dem Dogma festhält, daß der Angriff durch den Einfall in Belgien unabweisbar charakterisiert sei, so müsse diese gefährdende Frage unter allen Umständen geklärt werden. Sie kann nur vor einem

Internationalen Gerichtshof

und erst, wenn die Archive aller Länder geöffnet sind, geklärt werden. Wenn heute auch nicht von einer materiellen Revision des Friedensvertrages, die der Zeit und dem Völkern vorbehalten werden muß, die Rede sein kann, und wenn eben-

falls die durch die Abmachungen von London festgelegte Regelung der Reparationsfrage angetastet werden darf, so hängt es doch einzig von unserm eigenen Willen ab, daß der in Versailles aufgezogene Vertrag nicht länger durch seinen Zwang auf dem gestörten Gleichgewicht, in dem wir leben, lastet. Es gibt

keine Sicherheit ohne Abrüstung der Geister.

Wir stehen heute vor der Wahl zwischen der durch den Geist der Revanche genährten Bewegung des Kriegszustandes und einer wahrhaften Versöhnung. Der Rationalismus in Deutschland möge sich über unsern Schritt nicht täuschen. Er ist nicht Ausfluß der Schwäche, sondern die Befundung der französischen Rechtfertigung, ein Schritt zur Verwirklichung der menschlichen Solidarität, den das Deutschland Goethes begreifen und verstehen wird.

Umsatzsteuer und Luxussteuer. Ihre Ermäßigung beantragt.

In der weiteren Aussprache über die Umsatzsteuer im Steuerausschuß des Reichstages erklärte Staatssekretär Popph: Die Umsatzsteuer müsse einen Ertrag von etwa 1,5 Milliarden Mk. bringen, wenn der Haushalt balancieren solle. An dieser Notwendigkeit findet die Senkung und Abänderung der Umsatzsteuer eine Beschränkung. Die Umsatzsteuer bringe ihre großen Erträge nur dadurch, daß sie alles unterchiedslos und mit dem gleichen Satz erfasse. Jede Durchbrechung des Prinzips reiße das ganze Gebäude ein. Die Befreiung der Lebensmittel würde zum Zusammenbruch der Umsatzsteuer führen! Neben dem Ausfall von etwa der Hälfte des Ertrages würde auch die Steuer unkontrollierbar werden. Die Umsatzsteuer wird noch auf längere Zeit das Rückgrat der Reichsfinanzen sein.

Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) verlangt Herabsetzung der Umsatzsteuer auf 1 Proz. ab 1. Oktober 1925 und weitere Ermäßigung auf ein halbes Proz. ab 1. Oktober 1926.

Staatssekretär Dr. Popph sieht keine Möglichkeit, die Umsatzsteuer mehr zu senken als auf 1,25 Proz. Ob durch die Ermäßigung der Umsatzsteuer eine Preisermäßigung herbeigeführt werden könne, sei auch ihm zweifelhaft. Die Freilassung der Handelsvertreter von der Umsatzsteuer sei unmöglich. Ebenfalls sei die generelle Freistellung der freien Berufe berechtigt. Eine Ausnahme könne man nur für Künstler, Gelehrte und Schriftsteller machen. Im Reichsrat liegt bereits der Entwurf einer Verordnung vor, der diese Gruppen von der Umsatzsteuer befreit, wenn ihr Umsatz vierteljährlich 1500 Mk. nicht übersteigt. Die Luxussteuer könne nicht ganz beseitigt werden. Ihr Ertrag von 120 Millionen sei nicht entbehrlich. Sie müsse aber der veränderten Wirtschaftslage angepaßt werden. Dafür bleibe der Antrag der Regierungsparteien eine geeignete Grundlage.

Abg. Dr. Kulenkampff wünscht, daß die Automobile von der Luxussteuer ausgenommen werden. Die Steuern müßten vor den Ferien verabschiedet werden.

Ob die Steuererhebe gut oder schlecht sind, sei gleichgültig, darüber könne man sich später unterhalten. Abg. Dr. Gercke (Dnat.) begründet, daß die Deutschnationalen ihre früheren Wünsche auf Beseitigung der Umsatz- und der Luxussteuer zurückstellen.

Abg. Dr. Herx (Soz.) weist darauf hin, daß das Bestreben besteht, die Zollgehalte im Einkommensteuergesetz zu verabschieden. Das würde nicht nur für die Wirtschaft verhängnisvoll sein, sondern auch für die Reichsfinanzen. Da zu befürchten sei, daß die Zölle auf Lebensmittel eine gewaltige Verteuerung der Lebenshaltung herbeiführen, müsse man sie von der Umsatzsteuer befreien. Wenn von der Regierung gesagt worden sei, die Situation verleihe keine Experimente, so gelte das in erster Linie von der verantwortungslosen Einbringung der Zollvorlage. Die Luxussteuer, die die Qualitätsarbeit erdroffelt, müsse erheblich eingeschränkt, am besten ganz beseitigt werden. Die Qualitätsarbeiter würden um ihre Existenz gebracht und zur Auswanderung gezwungen. Der Antrag der Regierungsparteien, der Regierung die Ermächtigung zu erteilen, die Luxussteuer zu ändern und zu mildern, müsse mindestens durch die Mitwirkung des Reichstages härter gestaltet werden. Anschließend daran legt Abg. Schilde (Soz.) dar, daß die Luxussteuer in ihrer gegenwärtigen rohen Form keine Besteuerung des Luxus sei, daß aber die Qualitätsindustrien in ihrer Exportfähigkeit hemme und die Arbeiterklasse schwer schädige.

Einzelberatung und Abstimmung werden auf die nächste Sitzung vertagt.

Hindenburg informiert sich.

Amlich wird gemeldet: Der Herr Reichspräsident empfing heute die Vertreter des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine, Reichstagsabgeordneter Dr. Joerissen-Köln, preussischer Landtagsabgeordneter Laden-dorff-Berlin, Stadtrat Humar-München und Direktor Hane-Gamburg zum Vortrag über die Lage und die Wünsche des deutschen Haus- und Grundbesitzes. Ferner empfing der Herr Reichspräsident heute Stadterordneten Mahle-Kostel, Schatzmeister Drewe-Berlin und Stadtrat Ramdohr-Nel vom Hauptverband des Reichsbundes deutscher Mieter, welche ihm die gegenwärtige Lage der Mieter und deren Anträge zur Reichs-gesetzgebung und zur Besserung der Wohnungsnot vortrugen.

Französisch-Belgische Beratungen.

Wanderbelde in Paris.

Paris, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der belgische Außenminister Wanderbelde ist am Mittwochmorgen in Paris eingetroffen, wo er mit Briand eine Aussprache über die schwebenden internationalen Probleme haben wird. Auf der Tagesordnung dieser Besprechung stehen u. a. folgende Fragen: 1. Die Zurückziehung der belgisch-französischen Truppen aus dem Ruhrgebiet; 2. die Räumung der drei Rhein- und Ruhrhäfen Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort; 3. die durch die bevorstehende Zurückziehung der englischen Truppen aus Köln erforderliche Umstellung der Besatzung des Rheinlandes; 4. Der belgisch-französische Handelsvertrag; 5. die internationalen Schulden; 6. der Sicherheitsvertrag.

Frankreichs Sicherheit durch Rüstung.

Paris, 8. Juli. (M.D.). Ministerpräsident Poincaré hat der Kammer den Gesetzentwurf über allgemeine Organisation der Nation für die Kriegszeit eingebracht. Die hauptsächlichsten Bestimmungen dieses Gesetzentwurfs betreffen 1. die Heranziehung aller Personen und aller Organe zum Besten der nationalen Verteidigung; 2. das Recht, alle Hilfsquellen des Landes, nicht nur materielle, sondern auch intellektuelle und wissenschaftliche zu requirieren; 3. die Weidhobe der Organisation der öffentlichen Verwaltung für die Kriegszeit und der Vorbereitung der Mobilisierung durch jedes Ministerium in jeder Gegend bereits während der Friedenszeit; 4. Sondermaßnahmen für die rationelle Rüstbarmachung der Arbeitskräfte und der Rohstoffe und Vorbereitung der Kriegindustrie, sowie die Organisation der Transportmittel aller Art. Diese Reform, so heißt es in den Erläuterungen zum Gesetzentwurf, ist eines der wichtigsten Mittel für die Reorganisation der nationalen Verteidigung, die gestalten werde, die Militärdienstzeit herabzusetzen und doch die Sicherheit des Landes auf fester Grundlage zu garantieren.

Teilkrisis im Mussolini-Kabinet.

Zwei Minister demissionieren.

Rom, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die erwartete Demission der Minister Stefani und Rava ist am Mittwoch offiziell bekannt geworden. Mit Rava scheidet der Vertreter der Klerikalen aus dem Kabinet Mussolini, nachdem er durch seine ablehnende Stellungnahme gegen die Pläne zur Verfassungsänderung seinen Rücktritt bereits vorbereitet hatte. Stefani fällt infolge sozialistischer Angriffe, zugleich aber auch als Opfer des Duce-Sturzes.

Die „Tribuna“ weist darauf hin, daß die von der Regierung ausgeübte Zensur, die sogar Besprechungen allgemein bekannter und in der Öffentlichkeit erörterter Änderungen im Kabinet verhindert, zur inneren Unsicherheit und zur ungünstigen Lage der Duce beitrage. Die Presse erwarte, daß der zukünftige Finanzminister besonders den Schutz der Währung durchführt. Der ehemalige Gouverneur von Tripolis, Balpi, wie der Großindustrielle Pirelli werden als Nachfolger Stefanis genannt.

Musikpolitisches Fragen, Zagen, Klagen.

Von Dr. Kurt Singer.

I.

Seit vielen Jahren kämpft die Musikerschaft Deutschlands um die systematische Erhöhung ihres Niveaus, um staatliche Eingriffe in das Lohndasein der Musikpädagogik. Tatsächlich konnte bisher jeder viertelwegs geschulte, halbwegs disziplinierte Musikschüler sein Leben (seine Leisten) an den zahlenden Mann bringen, er konnte unterrichten. Quasi, was sich zuweisen in provinziellen Schulen, Konservatorien abspielte. Ohne jede innere Berechtigung vergrößerten Kauter, die nach Geld dafür erhiteten, der Jugend den Sinn und verbarben die Interessen, die Sehnsüchte nach Musik. Zwar existierte ein Gesetz vom Jahre 1839 zur Regelung der Musik-erziehung. Aber was verstand man anderes darunter, als das Einwirken von ein paar handwerklichen Parabeln, von unbefesteter Technik! 20 Jahre musikpädagogischer Ideen, fruchtbarer Entwicklung gingen auch an den Köpfen der ministeriellen Beamten nicht spurlos vorüber. Nun erging die Musikerschaft, zum Teil nach den Vorschlägen des Deutschen Musikerverbandes, Ausführungsbestimmungen, die Gesetzeskraft erlangt haben. Ein Ziel ist gesetzt, ein Anfang zur Besserung gemacht. Große Freude im ganzen Lande. Wirklich? Welt gefiehl. Alles, was Ursache hätte, über die prinzipielle und strenge Formulierung der Ausführungsbestimmungen hoffnungslos zu rufen, geht zum Kampf und Sturm über. Gewiß: kein Meisterstück fällt vom Himmel und der Erlass hat seine Schönheitsfehler. Aber haben ihn nicht alle ersehen als Reinigungsbeginn in bewölter Atmosphäre? Welche denn von den Verbänden, die eine energische Kampfschrift verbreiteten, haben bei den Sitzungen prinzipiell protestiert? Und jetzt ist auf einmal alles, alles falsch? Wo bleibt die Konsequenz? Man wird anfangen müssen, Minister und ihre Sachverständigen in Schutz zu nehmen.

II.

Dem Minister für Kunst und Volksbildung stand vor zwei Jahren auch die Lösung der Schillings-Krise zu. Ein Knoten wurde zerkleinert. Ein paar Nachtvollkommenheiten, Rechte, Einsprüche, Kapellmeister wurden verbrannt. Und aus der Asche schwebte als neuer Phönix Erich Kleiber hervor. Ihm beugte sich alles, Minister, Referenten, Intendanten, Presse. Gegen die Wahl, gegen die Omnipotenz Kleibers sprachen nur wenige. In diesen Epochen wurde gegen die Einseitigkeit Kleibers, gegen die Alleinherrschaft in beiden Häusern, gegen seine „Aida“, „Fidelio“, Aufzählung kritisch Stellung genommen, noch zuletzt gegen sein Abbiegen auf ganz fernes Gebiet, Tanz, Kassische, Wiener Musik, Handjohannis Oratorium. Berlins „große“ Presse jubelte. Kleiber wurde immer ehrgeiziger, immer einsiegender, immer beschleuniger. Er verstimmt die Heroinnen und Brimadonnen, er registrierte gegen die Intendanz, er setzte alles, alles durch, weil er die Minister selbst am Gängelband führte. Schwankender Charakter, auch in musikalischen, in Stilfragen und selbst als Techniker. Aber es blieb ja, seit Mahler sei kein üblicher Dirigent aufstanden. Jetzt auf einmal wird Sturm gelassen; von den Verhimmelten, von denen, die Großemahn in dem Hochgebirgen gezüchtet hatten. Welche Schuld,

welche Inkonsequenz! Wir riefen uns hier heiser nach dem Parallelgeneralmusikdirektor bei Kroll, der dem überstiegenen, von wütendem Ehrgeiz nicht freien Nachdrang Kleibers ein Paroli bieten sollte. Bergabens. Er war als Jupiter lächerlich. Warum jetzt auf einmal die Häh? Weil man für den oder jenen einen Kosten braucht? Kleiber ist kein Fertiger, kein Vollender. Aber ein glänzender Erzieher, ein Mann starker suggestiver Kraft, ein Studierender von höchstem Verantwortungsfühl. Er ist an der Oper unerlässlich; schon heute fließt ein Reiz, wenn er beurlaubt ist. Man verbeirde ihm nicht die Laune. Wer ihn zu früh zum Gott gemacht hat, ist nicht berechtigt, ihn jetzt so schnell zu verdammen. Man wird anfangen müssen, ihn gegen seine hymnischen Freunde in Schutz zu nehmen.

III.

Das Ministerium hat vor einigen Monaten auch Mü und stetig in den Inturatsbetrieb der städtischen Oper eingegriffen. Durch Zureden, Raten, Beeinflussen. Die Kandidatur Hörst wurde, vielleicht, um die wertvolle Kraft dieses perfekten Mannes dem Lindenbau zu sichern, nicht begrüßt, die Kandidatur des gänzlich unbekanntem Liesen gefordert, gefördert. Nun sieht Liesen im Amt, seit wenigen Tagen arbeitet er vertragsmäßig. Und schon hageln Angriffe auf einen Unbescholtenen, der bisher nichts tat, als mit unentraglichen Fehlern des alten Hauses aufzuräumen, sich die Kraft Bruno Walters, des ewig Abwesenden, zu sichern, und ein paar Jugträfte zu engagieren. Mit welcher Freude wird er den heißen Boden Berlins betreten! Walter wurde engagiert. Ihm gegenüber ließ die Presse selbst die gemächlichen Namen Bich, Klemperer unter den Tisch fallen. Auch wir erhofften eine Wüste des Opernhauses von Walters Tätigkeit, wenn wir auch von der Leidenschaft, mit der er jugendlich in die Vorarbeit einzubringen versprach, bisher nichts merken. Er wird nun bald sagen müssen, was er will, zu was es ihn treibt an Stellung, Aufbau, Neuland. Seine fehlende Rührigkeit hat dem Theater bereits ein paar wertvolle Aufführungen verschert. Für ein der Volkskunst gemeintes Institut ist es auch nicht erquicklich zu hören, daß bereits an illustre Vorstellungen für die oberen 500 vom Kurfürstendamme gedacht wird. Vielleicht liegt die Fama. Walter kennt ja Berlin und er wird bald öffentlich seine Ziele bekennen. Dann wird Berlin wieder „die“ Stadt der Dirigenten sein. Furzwängler, Walter, Kleiber — ein herrliches Tripel. Und die Konzerte werden das Gesicht ihrer Veranstalter tragen. Das fehlte bisher bei allen dreien, und Ehrlichkeit tut hier dringend not. Vielleicht gelingt für Kroll noch das Engagement von Klemperer oder Bloch (falls Wien ihn locker läßt). Auch zweite Posten sind zu besetzen. Neben den Feldmarschällen müssen Generäle, nicht Musikstiere stehen. Ist bei Kroll, ist in Charlottenburg nicht Platz für Waghalter, für Stiedry? Beide schweben in der Luft. Gebt ihnen Boden, auf dem sie stehen, tanzen können. Und steckt noch einmal, für einen Sommer, die Weile in den Köcher. Selbst gegen die Un-tätigkeit des Intendanten Schillings, der sein Programm neu aufziehen muß. Gegnerschaft als Anregerin ist gut. Aber man wird bald anfangen müssen, eine zu leidenschaftliche, weil nicht mehr produktive Feindschaft abzuwehren. Mit Zagen, dennoch mit Hoffnung auf den kommenden Tag, sagen wir einer mäßig fruchtbar Saison „Adieu“, nicht „auf Wiedersehen“.

„Locomotion No. 1“ In England wird zurzeit die hundertste Wiedergeburt des Tages, an dem George Stephenson berühmte „Locomotion No. 1“ zum ersten Male von Stockton nach Darlington fuhr, feierlich begangen. Aus diesem Anlaß fand in Darlington eine höchst originelle Veranstaltung statt, bei der die ehrwürdige historische Lokomotive in genau demselben Zustand, in dem sie vor hundert Jahren ihre Probefahrt zurückgelegt hat, also mit gemaltigen Schönnen und Keulen und unter riesiger Rauchentwicklung, eine Reihe von Spezialwaggons zog, auf denen sich eine komplette historische Ueberfahrt über die Entwicklung des rollenden Rabes vom Beginn der geschichtlichen Zeit bis zur Gegenwart befand. Die „Locomotion No. 1“ wurde seinerzeit in New Castle von Robert Stephenson, einem Sohn George Stephenson, nach dessen Angaben gebaut. Das englische Parlament, dem Stephenson seine Pläne vorgelegt hatte, beurteilte die neue Erfindung sehr abfällig und bezeichnete sie als den „abfurdesen Plan, der je dem Haupt eines Menschen entsprungen war“. Trotzdem baute Stephenson im Jahre 1825 nach dem das Parlament dann ein Gesetz an, das Stephenson die Genehmigung erteilte, einen Schienenweg zwischen Darlington und Stockton zu legen und hier einen mit Dampftrieb betriebenen Eisenbahnverkehr zu eröffnen. Im Jahre 1825 fand die historische Probefahrt statt, bei der die „Locomotion No. 1“ 28 Wagen mit 450 Passagieren beförderte. Die Entfernung zwischen Stockton und Darlington beträgt rund 22 Kilometer. Stephenson's erste Lokomotive benötigte zur Bewältigung dieser Entfernung volle zwei Stunden. Diese Tatsache allein genügt, um darzutun, wie enorm die Entwicklung ist, die das Eisenbahnwesen seit damals genommen hat. Nicht minder deutlich tritt sie in Erscheinung, wenn man die winzigen, quälend unbequemen und häßlichen Waggons von damals mit den heute üblichen vergleicht, von denen selbst die wohlfeilste Klasse unvergleichlich komfortabler und hygienischer ist, als es seinerzeit die teuerste Klasse war.

„Anderien-Ausstellung in Berlin 1925.“ Zur Ergänzung des Materials, das ähnliche Kräfte und Sammler Ende Oktober der Gedächtnis-Ausstellung für den Norddeutschen Anderien überlassen werden, bietet der Ausschuss die Freigabe einschlägiger Briefe, Handschriften, Bücher u. dergl. Diese auf einige Wochen teilweise zur Verfügung zu stellen. Aufschreiben erbeten an Dr. Grasshoff, Berlin S. 2, Schloßgarten.

Der Leiter der römischen Ausgrabungen auf dem Forum und dem Palatin, Senator Giacomo Boni, hat einen Schloßgarten erlitten. Man zweifelt an seinem Auskommen. Boni ist 75 Jahre alt.

Ein Jubiläum des Wiener Burgtheaters. Das Wiener Burgtheater, eine der berühmtesten Theatervorstellen der Welt, feiert am 1. August 1926 das Jubiläum des hundertjährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß wird an dem Theater eine Festwoche veranstaltet, für die jetzt schon an dem Programm gearbeitet wird.

Zur Geschichte der russischen revolutionären Bewegung. In Rostow-Umsicht in Sibirien ist in einem alten Polizeibüro ein umfangreiches Bergschicht aller Verurteilten aufgefunden worden, die seit dem Jahre 1900 wegen politischer Verbrechen auf Befehl der zaristischen Regierung nach Sibirien verschickt worden sind. Diese Nachricht hat in Rostow großes Interesse erregt, da dieses Register für die Geschichte der revolutionären Bewegung in Russland von großer Bedeutung sein kann.

Ein Denkmal für Jean Paul. Am 4. November sind es hundert Jahre, daß Jean Paul gestorben ist. Aus diesem Anlaß wird in Sol, wo der Dichter lange Jahre gelebt hat, zu seinem Gedächtnis ein Denkmal in der Form eines Brunnen mit dem Bronzerelief Jean Pauls errichtet.

Agrarische Täuschungsmanöver.

Eine falsche Statistik des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Einen interessanten Zwischenfall gab es gestern in der vom Reichstag eingesetzten Kommission, die sich mit der Frage der Schulden in einer besonderen Agrar-Enquete befaßt. Der Zwischenfall zeigte so recht, mit welchen Mitteln die sogenannten wissenschaftlichen Stellen und sogar die halbamtlichen Organe der Landwirtschaft arbeiten, um die brotverzierenden Zölle den breiten Volksmassen schmackhaft zu machen. Ein Vertreter des Deutschen Landwirtschaftsrates, nämlich Dr. Fensch, unterbreitete der Kommission eine Statistik, die beweisen sollte, daß der Zinsendienst der Landwirtschaft trotz der Rückzahlung der Vorzieghypotheken in entwertetem Gelde um 100 bis 200 Proz. höher sei als vor dem Kriege. Begründet wurde diese Steigerung der Zinslast mit der hohen Verschuldung der Landwirtschaft durch Wechselkredite zu hohen Zinssätzen, aber auch damit, daß man ohne jede spezielle Nachweisung alle möglichen anderen Schulden als Produktionsbelastung einsetzte. Schon der Demokrat Prof. Bonn wies darauf hin, daß es unbegründet sei, wenn man die Rentenbank-Grundschuldzinsen der Produktionsbelastung hinzurechnet, und das mit Recht. Denn die Gewinne aus der Rentenbank und ihre sonstigen Vorteile sollen ja der Landwirtschaft zugute kommen und deswegen kämpft ja gerade der Reichslandbund dafür, daß die Rentenbank-Kreditanstalt gegründet werden soll.

Die Entlarung.

Scharf und treffend wurde vom Genossen Hilferding die ganze Aufmachung der Statistik als eine irreführende Fälschung nachgewiesen. Er stellte von vornherein fest, daß einige Zahlen aus der umfangreichen Aufstellung eine absolute Unmöglichkeit sind. Wenn die Zahlen nämlich wirklich richtig wären, so würde das bedeuten, daß die Landwirtschaft heute eine Zinslast von mindestens 1300 Millionen Mark gegen 850 Millionen vor dem Kriege haben würde. Wir wissen nun aus anderen Erhebungen, daß die gesamte Verschuldung der Landwirtschaft mit zwei bis zweieinhalb Milliarden zu veranschlagt ist. Eine Zinslast von 1300 Millionen würde dann aber in Prozenten eine Verzinsung von 60 bis 70 Proz. ergeben, und das ist offensichtlich eine glatte Unmöglichkeit. Für Ostpreußen wurde die Hypothekenschuld vor dem Kriege mit 654 M. je Hektar angegeben, wovon bis zu dem Zeitpunkt, in dem die Aufwertung einsehen soll, also bis Mitte 1922, angeblich nur 10 Proz. zurückgezahlt sind.

Alles, was wir bisher von der Landwirtschaft gehört haben, widerspricht dieser Behauptung.

Auch die nach der Aufwertung verbleibenden Zinslasten sind zu hoch angenommen. Selbst wenn die angegebenen Zahlen aber richtig wären, so würde das pro Hektar 8,4 M. Zinsen ausmachen. Die Wechselschuld würde für Ostpreußen ebenfalls nur etwa 8 M. je Hektar ergeben, nachdem man mit einer Verzinsung von 15 Proz. zu rechnen hat. Rechnet man nun selbst die Rentenbankgrundschuld, die als eine Steuerlast in dieser Aufstellung gar nichts zu suchen hat, hinzu, so kommt man zu dem Ergebnis, daß immer auf Grund der mitgeteilten Zahlen die Zinsverpflichtungen der ostpreussischen Landwirtschaft höchstens 20 M. je Hektar betragen kann, während die vorgelegte Statistik den Zinsendienst mit 44,30 Mark je Hektar angibt. Es ist ganz unmöglich, daß diese große Differenz noch auf andere Schulden entfällt. Ich möchte Bankausweise von Kleinbauern sehen, die eine detaillierte Kontoforrentschuld glaubhaft machen.

Die agrarischen Vertreter waren von diesen Feststellungen derart niedergeschmettert, daß sie nichts zu erwidern wußten. Der Deutsche Landwirtschaftsrat ist eine amtliche Vertretung der gesamten deutschen Landwirtschaft und hat die Pflicht zur Objektivität; er hat diese Pflicht aber soweit außer acht gelassen, daß er eine offensichtlich falsche Statistik vorgelegt hat, die nicht einmal die Agrarier im Ausschuß zu verteidigen wagten. Geradezu belustigend war es, im weiteren Verlauf der Verhandlung zu beobachten, wie ein landwirtschaftlicher Sachverständiger darum bat, man sollte ihm doch auf sein gutes Gesicht hin glauben und sich nicht an Zahlen hängen, denn es gehe der Landwirtschaft schon wirklich schlecht. — Nach solchen Mogeleyen diese Nieder!

Die Arbeiterklasse weiß aber sehr wohl, was sie selbst von den sogenannten amtlichen Zahlen der Agrarier zu halten hat und wird den Angaben aus diesem Lager mit doppeltem Mißtrauen entgegen treten.

Der Ausschuß zog aus den Feststellungen des Genossen Hilferding die Konsequenz, daß er, ohne Widerspruch bei den Agrariern zu finden, die Debatte über die Statistik vertagte und noch Einzelunterlagen anforderte. Ueber den Ausgang der Untersuchung herrscht schon jetzt kein Zweifel mehr; dazu war die Fälschung doch zu plump. Es bleibt höchstens zu ergründen, wem die Schuld daran beizumessen ist, ob der Statistischen Abteilung des Deutschen Landwirtschaftsrates selbst oder den famosen agrarischen Buchstellers, die die Unterlagen für die Erhebung geliefert haben.

Man wandte sich dann wieder der Frage der agrarischen Verschuldung zu. Graf Kayserlingk glaubte, mit dem Geldbedarf der Landwirtschaft schon bei der kommenden Ernte die sofortige Einführung von Schuldzöllen begründen zu können. In einem Frage- und Antwortspiel mit Prof. Bonn stellte sich dann heraus, daß die Landwirtschaft die Zölle gar nicht will, um intensiver wirtschaften zu können als bisher, sondern nur, um ihre bisherige Interessenlage zu erhalten. „Dann lassen Sie aber bitte,“ so bemerkte Prof. Bonn, „alle Sprüche darüber, daß Sie mit der Schuldzöllenpolitik die Handelsbilanz aktiv machen wollen.“ In der Tat laßt hier der schroffste Widerspruch zwischen dem, was die Agrarier wollen und dem, was sie wirklich können.

Oekonomierat Richter vertiefte sich zu der Behauptung, daß es in der sächsischen Landwirtschaft überhaupt keine Erträge mehr gebe. Als die Zahlen, die er zur Begründung dieser Behauptung anführte, einer Kritik unterzogen wurden, machte er einen schleunigen Rückzug und bat, man möchte ihm auch so glauben. ... Der Sachverständige Prof. Beckmann entwickelte in interessanter Weise eine Theorie, die dahin ginge, daß man besonders der wachsenden Landwirtschaft durch Zölle das Mittel zu einer wachsmächtigen Kapitalbildung auf Kosten der Konsumenten geben müsse. Er wurde von Prof. Bonn darauf hingewiesen, daß es bei den heutigen Verhältnissen des Kapitalmarktes, bei der Verarmung des Rentierstandes und der geringen Kaufkraft der Konsumenten nicht möglich sei.

Genosse Schmidt-Kopnick trat Artümem entgegen, die Graf Kayserlingk in seiner etwas zu stark auf Wirkung berechneten Aufstellung der landwirtschaftlichen Produktionskosten gemacht hat. Er wies darauf hin, daß im Jahre 1923 nicht mehr viel gegen Papiermark verkauft worden sei. Falsch sei auch die Behauptung, daß die Landwirtschaft ihr Kapital nur einmal im Jahre umschlage — eine These, mit der sie immer ihre Kreditforderungen begründet. Er wies nach, daß etwa 20 Proz. der landwirtschaftlichen Umnahmen, insbesondere aus dem Verkauf von Milch und Vieh, fortlaufend herein kämen und bei einzelnen Betrieben sogar ausreichten, um die gesamten Zölle zu bezahlen. Auf eine Anfrage erklärte Prof. Beckmann, daß eine Steigerung der Getreidepreise über den Weltmarktpreis hinaus nicht mehr produktionsfördernd wirken würde und daß nur ein Ausgleich soll für Getreide und Weizen zur Kompensation der Umlosterung zu empfehlen sei. Nach weiterer Aussprache vertagte sich der Ausschuß, um heute über die innere Preisbildung, Steuerlasten, die soziale Auswirkung des Zölles und die Landarbeiterlöhne, sowie über die englische Enquete über die Agrarpreise weiterzuberat.

Keine Lösung im Sachsenkonflikt.

Der Antrag auf Auflösung des Landtags abgelehnt.

Vom Parteivorstand mir uns geschrieben:

Der Parteivorstand hat zur Beseitigung des Sachsenkonflikts in Sachsen wiederholt Einigungsvorschläge unterbreitet, die jedoch von der einen oder anderen Seite abgelehnt worden sind. Die Verschärfung des Konflikts zwang den Parteivorstand am 3. Juli zu einer neuen Entscheidung. In ihr wird erklärt, daß es die Pflicht der sächsischen Parteivertreter im Landtage ist,

„zunehmend ungenötigt die Auflösung des Landtags herbeizuführen, um damit die Grundlage zu schaffen für die Wiederherstellung der Einheit und Beschlossenheit der sächsischen Partei, die allen anderen Erwägungen vorangestellt werden muß und für einen erfolgreichen Wahlkampf Voraussetzung ist. Dazu gehört die vorherige Erledigung der schwebenden Schiedsgerichtsverfahren, denn es dürfte für keinen Parteigenossen zweifelhaft sein, daß ein Wahlkampf für die Partei unter den ungünstigsten Umständen geführt werden müßte, wenn Parteigenossen in hervorragenden Vertrauensstellungen wegen ihrer politischen Tätigkeit unter Androhung des Ausschusses aus der Partei stehen. Deshalb sind die sächsischen Organisationen verpflichtet, alles zu tun, damit die schwebenden Ausschlußverfahren endlich erledigt werden.“

Drei Vertreter des Parteivorstandes wurden beauftragt, über die näheren Modalitäten mit der Gesamtvertretung der Sozialdemokratischen Partei im sächsischen Landtage und den Organisationsvertretern der vier sächsischen Bezirke in Dresden zu verhandeln. Leider standen die Vertreter des Parteivorstandes bei ihrer Ankunft in Dresden am 7. Juli vor sehr wichtigen Tatsachen. Die Minderheit der Landtagsfraktion hatte bereits den Antrag auf Auflösung des Landtags gestellt, ohne vorher mit der Fraktionsmehrheit Fühlung genommen zu haben.

Die Fraktionsmehrheit hatte vorher in einer Sitzung einen Beschluß gefaßt, auf dessen Inhalt wir an dieser Stelle nicht eingehen wollen, obgleich manches dazu zu sagen wäre. Der Beschluß lautet:

„Die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit ist auf ausdrückliches Verlangen des Parteivorstandes die Koalition mit Demokraten und Deutscher Volkspartei eingegangen. Ebenso hat die Fraktionsmehrheit alle Entwürfe der Landesinstanzen und der Landesparlamente auf Auflösung des Landtages im Einvernehmen mit dem Parteivorstande und auf seine Empfehlung abgelehnt. Auch der von der Landesversammlung der Sozialdemokratischen Partei Sachsens im Oktober 1924 in Leipzig angenommene Antrag auf Auflösung des Landtags ist von der Fraktionsmehrheit nicht ausgeführt worden, weil der Parteivorstand der Fraktionsmehrheit empfohlen hatte, den Landtag erst dann aufzulösen, wenn die vorher getroffenen Vereinbarungen von den Instanzen durchgeführt worden seien. In einem Schreiben an die Landesinstanzen hat der Parteivorstand ausdrücklich bemerkt, daß er der Meinung sei, dieser Landesparteitag habe die heilmannschen Bedingungen wesentlich abgeändert und die Durchführung der Kompositionen dadurch selbst erschwert. Wenn der Parteivorstand entgegen seiner bisherigen Klaren und sachlich begründeten Stellungnahme für die politische Taktik der Fraktionsmehrheit plötzlich, ohne die Fraktion zu befragen und ohne die politische Situation in Sachsen irgendwie zu berücksichtigen, die unzulässige Auflösung des Landtags fordert, so ist das ein einseitiges Diktat, das jede Verständigung unmöglich macht. Dieses Diktat wird noch verschärft durch den Antrag auf Auflösung des Landtags, der ohne Kenntnis der Fraktionsmehrheit gestellt worden ist, obwohl den Instanzen bekannt war, daß für den heutigen Tag eine Verständigungssitzung durch den Reichsparteitag überaumt worden war. Der Vorsitzende der Landesinstanzen hat auch die vom Parteivorstand ausdrücklich hervorgehobene Voraussetzung einer Verständigung, „die vorherige Erledigung der schwebenden Schiedsgerichtsverfahren“ nicht abgewartet, wiewohl er weiß und als Vorsitzender der sächsischen Landesinstanzen wissen mußte, daß die Schiedsgerichtsverfahren gegen die in den Bezirken Dresden, Chemnitz und Zwickau wohnen-

den Landtagsabgeordneten ihre Erledigung nicht gefunden haben. Die in Betracht kommenden Abgeordneten müssen jedoch darauf bestehen, daß die schweren Vorwürfe, denen sie infolge ihres Ausschusses aus der Partei ausgelegt waren, im ordentlichen Schiedsverfahren nachgeprüft und erledigt werden. Erst wenn das geschehen ist und die ordentlichen Schiedsverfahren durchgeführt sind, ist der Weg für eine Verständigung geebnet. Eine Verständigung setzt aber voraus, daß die Gründe beider Richtungen gewürdigt werden. Den angebotenen Diktaten zu folgen lehnt aber die Fraktionsmehrheit ab, denn eine solche Handlung würde nicht nur die 23 willenslosen Werkzeugen bestimmter persönlicher Interessen herabwürdigend, sondern auch das Ansehen der Partei wie die Belange der Arbeiterschaft und des gesamten sächsischen Volkes und Landes aufs schwerste schädigen. Die Fraktionsmehrheit wird daher gegen die vorliegenden Entwürfe auf Auflösung des Landtages stimmen.“

Dadurch ergab sich, daß nicht eine gemeinsame Sitzung abgehalten werden konnte, in der die Meinungen ausgetauscht und die beste Art der Erledigung der in Betracht kommenden Fragen gefunden werden konnte. Es standen sich vielmehr Körperschaften gegenüber, die vorher ihre Beschlüsse gefaßt hatten und es als ihre Aufgabe betrachteten, diese Beschlüsse zu vertreten. Trotzdem bemühten sich die Vertreter des Parteivorstandes, eine Regelung auf der Grundlage der Entscheidung des Parteivorstandes vom 3. Juli herbeizuführen. Im Laufe der Verhandlungen einigten sich die Bezirksvorstände auf folgende Entschliessung:

„Die Bezirksvorstände stellen sich auf den Boden des vom Parteivorstand gefaßten Beschlusses, den Landtag sofort aufzulösen und erklären, daß sie, um eine sofortige Beilegung des Sachsenkonflikts zu erreichen, bereit sind, die schwebenden Ausschlußanträge zurückzugeben. Voraussetzung dafür ist die vom Parteivorstand selbst gefaßte Bedingung, daß die Landtagsfraktion noch vor Vertagung des Landtags einmütig einem Antrage auf Auflösung zustimmt.“

Damit wollten die Bezirksvorstände für ihren Teil der Entscheidung des Parteivorstandes Rechnung tragen. Die Mehrheit der Fraktion beharrte auf ihrem oben wiedergegebenen Beschluß. Es war also nicht möglich, das Ziel, das der Parteivorstand sich gesteckt hatte, zu erreichen. Um nichts unversucht zu lassen, bemühten sich die Vertreter des Parteivorstandes, eine Zwischenlösung herbeizuführen. Leider vergeblich. Nun blieb nichts anderes übrig als die Verhandlungen für beendet zu erklären und dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. In seiner Sitzung vom 8. Juli nahm der Parteivorstand den Bericht seiner Vertreter entgegen. Er beschloß folgendes Telegramm an den Vorsitzenden der sächsischen Landtagsfraktion zu richten:

„Parteivorstand hält nach erfolgter Berichterstattung an seiner Entscheidung vom 3. Juli fest und erwartet von Euch, daß Ihr im Interesse der Gesamtpartei seinen wohlüberlegten Beschlüssen Rechnung tragt. Bitten jedem Fraktionsmitglied hiervon Kenntnis zu geben.“

Vorstehende Tatsachen unterbreiten wir den Parteigenossen zur Information.

Der Auflösungsantrag abgelehnt.

Dresden, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Antrag auf Landtagsauflösung, der von den Kommunisten und der Linken der Sozialdemokratie gestellt war, wurde im sächsischen Landtage mit 49 Stimmen gegen 38 Stimmen abgelehnt; 9 Abgeordnete fehlten. Für den Antrag stimmten die Kommunisten, 17 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion und die Deutschnationalen. Gegen den Antrag stimmten geschlossen die 23 Angehörigen der Mehrheit der Sozialdemokratie, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei.

Schillerer Ausklang im Aufwertungsausschuss

Auf Mittwoch mittag war noch eine Sitzung des Aufwertungsausschusses anberaumt, in der die Beschlüsse zweiter Lesung zum Ansehe gelehrt einer nochmaligen Durchsicht auf ihre formelle Stimmfähigkeit unterzogen werden sollten. Nachdem am Tage vorher der Gattemann Rumm, unterstützt von allen Regierungsparteien, einen Antrag durchgelehrt hatte, wonach die kirchlichen Anstalten bei der Ablösung vom Ansehebefehl in Konkurrenz treten mit den Sparkassen und den Trägern der sozialen Versicherung, überrumpelte er nunmehr den Ausschuß mit einem neuen Antrag, noch dem

den kirchlichen Anstalten für 15 Jahre eine Wohlfahrtsrente von jährlich fünf Millionen gewährt

werden soll. Gedacht werden soll diese Ausgabe mit den künftigen Zollerträgen. Er teilte dabei mit, daß er die Zustimmung des Finanzministers bereits in der Tasche habe. Genosse Keil erhob sofort Einspruch gegen den Antrag und erklärte, daß keine Partei die Freigebigkeit des Finanzministers nunmehr in Anspruch nehmen werde zu religiösen Beiträgen an die Sparkassen und die sozialen Versicherungsträger, die um ihre ganzen in Anteile angelegten Vermögen gekommen sind.

Als hierauf Rumm von der Rolle sprach, in der sich die kirchlichen Anstalten befänden, unterbrach ihn Gen. Keil mit heftigen Zwischenrufen und fragte, ob er denn gar keinen Blick habe für das Elend und die Lasten, die die Entwertung der Vermögensanlagen der sozialen Versicherungsträger für ihre Verheiratheten im Gefolge habe. Keil bezeichnete es als geradezu toll, daß man nach dem bisherigen Verhalten der Regierung mit einem solchen Antrag komme.

Darauf verließen die Sozialdemokraten und Kommunisten demonstrativ den Saal.

Es verbleibt, daß die Regierungsparteien, als sie unter sich waren, den Antrag Rumm angenommen haben.

Schlußphase des Höfle-Ausschusses.

Beute Beginn der Plädoyers in öffentlicher Sitzung.

Im Höfle-Ausschuss wurden gestern von den Ausschußmitgliedern Fragen an die Sachverständigen Gemin und Pochmannoglu gerichtet. Das mehrstündige Frage- und Antwortspiel ergab nichts wesentlich Neues. Daraufhin trat der Ausschuß in eine Geschäftsordnungsdebatte ein, die zum Teil nichtöffentlich geführt wurde, über die Frage der Plädoyers, der Berichterstattung und der Beschlußfassung. Es wurde beschlossen, bereits heute vor-mittag 11 Uhr mit den Plädoyers zu beginnen. Es wird verhandelt werden, die Arbeiten des Ausschusses bis zum Sonnabend zum Abschluß zu bringen, damit die Ergebnisse in der am Montag beginnenden Beratung des Justizrats im Hauptauschuss vermerkt werden können. Die Plädoyers der Parteivertreter werden in öffentlichen Sitzungen gehalten werden.

Ein prinziplicher Schwächer.

Die Heerde eines Hohenzollern.

Alle sind sie uns erhalten geblieben. Keinem hat man ein Leid getan. Ausnahmslos sind sie reich und begütert geblieben, führen ein sorgenloses Leben. Ihre geliebte Uniform führen sie bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit spazieren. Ohne sie, die kleinen Gefreuten des kleinen Hohenzollernschlechts hat das Volk seinen Weg selbst gefunden, dafür nehmen sich die prinziplichen Herren des preussischen Königshofes auch die Freiheit heraus, das Volk zu beschimpfen und zu verzeumden. Prinz Eitel Friedrich, rühmlichst bekannt, steht es besonders, im Lande herum-zufahren und durch Reden im Stil eines alten Kompagniefeldwebels zu zeigen, wach subalterner Geist bei den Hohenzollern-gang und gäbe ist. Er redet bei dem Stiftungsfest des 1. Garde-regiments zu Fuß in Potsdam, natürlich gegen seine Gedanken „über Berg und Tal, Fluß und Moor zu ihm nach Haus Doorn in die Ferne und gipfeln in dem Bunsche, Gott segne und schütze unseren König und Herrn im neuen Lebensjahr.“ Man merkt, Eitel Friedrich denkt noch genau so wie sein Urgroßvater, der vor der Gründung des Deutschen Reiches 1871 unwillig die Kaiserkrone ablehnte, weil er meinte: Was soll mir der Charakter-major!

Immer feste drauf! Das ist auch jetzt noch die Parole. Und wenn es nicht gegen die Franzosen geht, dann wenigstens gegen die eigenen Volksgenossen. Wagt doch dieser Herr zu sagen:

„Über während mir immer schwerer zu kämpfen hatten, gegen neue frische Feinde, waren hier in der Heimat Kräfte am Werk, die treulos gegen Kaiser und Vaterland einer mit feindslichem Gelde bezahlten Propaganda folgend das Feuer schürte, das den Gemappneten an der Brustwehr den Atem beraubte und die Möglichkeit nahm, die Burg zu verteidigen.“

Die Legende vom Dolchstoß, daß ist es, was diese Herrschaften gebrauchen, damit man ihre Schuld vergesse. Ganz wie Ludendorff schimpft der edle Prinz auf die „Reichsfeinde“:

„Germania trug einen schweren Panzer, aber sie trug ihn gern und wir hätten, wenn nicht die Nörgler aus Mail über jeden Soldaten immer wieder Abstriche machten, noch ganz anders dastehen können. Und heute mehrlos, ehrlos, ein Schacherobjekt zwischen den Großmächten, liegen wir durch eigene Schuld verflakt am Boden.“

„Nichts gelernt und nichts vergessen,“ so charakterisierte einst Heinrich von Treitschke die Bourbonen nach ihrer Rückkehr auf den französischen Königsthron. Den preussischen Königsthron werden die Hohenzollern freilich nicht mehr bestiegen, aber im übrigen sind sie wie alle ihres Zeichens. Auch für sie gilt das Wort Treitschkes:

Nichts gelernt und nichts vergessen.

Gewerkschaftsbewegung

Tarif- und Lohnkampf im Baugewerbe. Streikbeschluss der Bauarbeiter.

Am Mittwoch sagte in den Räumlichkeiten die Generalsammlung der Bauarbeiter, um zu dem Ergebnis der Abstimmung Stellung zu nehmen. Drügemüller vom Baugewerksbund teilte mit, daß die Abstimmung eine übergroße Mehrheit für den Streik ergeben hat. Nach einer regen Diskussion wurde den Vorschlägen des Vereinsvorstandes zugestimmt.

In der Bauhütte arbeiten die Kollegen weiter nach den vom Bundestage beschlossenen Richtlinien. Ueber einige Zweifelsfragen wird der Bundesvorstand in den nächsten Tagen mit dem Verband sozialer Baubetriebe Klarheit schaffen. Die Arbeits Einstellung wird am Freitag früh erfolgen. Die Mitglieder melden sich in ihren Bezirkslokale erst am Freitag mittag zur Kontrolle, da bis dahin die Bezirkslokale mit dem notwendigen Material zur Stelle sein werden. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Baugewerksbund schloß die Versammlung.

Die Stellungnahme der Zimmerer.

Die Jahrestellensammlung des Zimmererverbandes nahm am Montag im Saal IV des Gewerkschaftshauses zu der Situation Stellung. Der Vorsitzende Kepschläger führte, wie uns mitgeteilt wird, u. a. dazu folgendes aus:

Am 25. Mai 1925 wurde von den vier beteiligten Arbeitnehmerverbänden ein neuer Tarifvertragsentwurf den Unternehmerverbänden zugeandt, aber durch die Sabotage der Unternehmer wurden nur unwesentliche, jedoch die für die Arbeiterschaft wichtigsten Fragen, wie Arbeitszeit, Ferien, Beurlaubung, Zuschläge für Überstunden und Nacharbeit usw. nicht geregelt. Die Unternehmer haben nur ein Interesse an der Lohnregelung: sie wollen die Löhne recht niedrig und auf lange Zeit festlegen. Dagegen verlangt die Bauarbeiterschaft mit Recht, die Tarif- und Lohnfrage gemeinsam zu behandeln. Die Schuld, daß alle Fragen nicht rechtzeitig erledigt wurden, trifft nur die Unternehmer.

Die Unternehmervertreter erklärten vor dem Schiedsgericht, eine Erhöhung der Löhne dürfe unter keinen Umständen eintreten, sonst würde die Bauwirtschaft lahmgelegt. Die Herren hatten aber wie immer vergessen, daß nicht die Löhne, sondern der Baustoffwucher — in den letzten Tagen ist wieder ein Steigerung besonders für Holz usw. eingetreten — daran schuld sind, daß nicht billiger und mehr gebaut werden kann. Riesengewinne wie noch nie zuvor stecken heute die Baufirmen ein. Die Zimmerer lehnen es ab, nach länger als Breihsch für das ganze Baugewerbe zu gelten. 19 Gruppen des Baugewerbes erhielten schon Mitte Mai 1925 von 4 bis 28 Proz. mehr Lohn als die Zimmerer, trotz der schweren und gefährlichen Arbeit und auch fast durchweg großen beruflichen Verantwortung der Zimmerer.

Die Mark ist heute gegenüber 1914 kaum 0,50 M. wert. Selbst, wenn die ganze Forderung der Zimmerer bewilligt wäre, stände der Reallohn von heute, gegenüber dem Reallohn von 1914, mit 45 M. noch weit zurück. Die von dem Schiedsgericht festgesetzten Löhne sind, gegenüber den ständigen Preissteigerungen sowie der in kurzer Zeit noch größeren Steigerung auf Grund der kommenden Höhe, zu gering. Die Unternehmer verlangten die bisherigen Löhne bis zum 31. Dezember 1925 verlängert. Die Arbeiter verlangten den Abschluß für 2 Monate; da der Schiedspruch 3 Monate vorsieht, ist auch das nicht annehmbar.

Die Jahrestellensammlung lehnte nach reger Diskussion den Schiedspruch gegen 4 Stimmen ab. Weiter wurde beschlossen, daß die Vertrauensleute sich sofort mit der Zeitung über alle weiteren Maßnahmen in Verbindung zu setzen haben.

Korruption der Gewerkschaftsbureaucratie.

Millionenunterzahlungen, Plünderung der Kassen.

Täglich kann man in der „Rote Fahne“ schäumende Entzweiungsartikel lesen gegen die Bureaucratie in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, die die für einen Kommunisten unbegreifliche Steifigkeit besitzen, nicht so zu tanzen, wie Moskauer Pfeil. Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, daß das veröffentlichte Material gegen die Gewerkschaftsbureaucratie, gegen die „Wangen des Metallarbeiterverbandes“, sehr lückenhaft ist. Da das Berliner Volkswissenschaftsblatt jetzt mit Backen Artikel aus dem gewerkschaftlichen Teil des „Vorwärts“ nachdruckt, wird es zweifellos unser Material veröffentlichen, um so mehr, als dieses Material aus unperdächtiger Quelle stammt. Nach dem „Trud“ vom 30. Mai d. J. sagte Tomski, der Vorsitzende des russischen ADGB, auf dem Gewerkschaftskongress des Leningrader Gouvernements u. a. folgendes:

„Eine ganze Woge von Veruntreuungen gewerkschaftlicher Gelder ergoß sich über die Sowjetunion. Diese Woge nied auch nicht das rote Leningrad. ... Veruntreut wurden ganz große Summen. Auf solche Großtaten wie Leningrad und Moskau entfallen hundertaufende Rubel; auf die größten Gewerkschaften entfallen je 90.000 bis 100.000 (Goldtabelle). Diese schmutzige und schändliche Krankheit drang von unten nach oben durch.“

„Lange Zeit und hartnäckig wurden diese Veruntreuungen von den Gewerkschaftsbehörden verheimlicht, und das war unser erster — und ein großer — Fehler, der dazu führte, daß die Veruntreuungen zu einer ungeheuren Erschwerung wurden. Wir wollten vor den Massen die gewerkschaftlichen Behörden nicht diskreditieren und haben die Veruntreuungen verheimlicht und verschwiegen.“

„Eine zweite Fehlerbeule gibt es noch, ein zweites Geschwür, und das sind die Vorkäufe, Darlehen, der Borg. In einzelnen Städten konnte ich folgendes Bild beobachten. Alle borgten sich — einer beim anderen — Geld (aus der Gewerkschaftskasse, Red.), alle nahmen in Menge Vorkäufe, und man kann mit Bestimmtheit sagen, daß man diese nicht zurückzahlen wird. Und wissen Sie, um welche Summen es sich handelt? Nach minimalster (!) Berechnung betragen die Darlehen und Vorkäufe, die man ganz bestimmt nicht zurückzahlen wird

mehr als drei Millionen Rubel (6.350.000 Mark). Fügen Sie zu dieser Summe noch die der Veruntreuungen hinzu, die nicht kleiner ist. Wir wissen nur von Beträgen, die von uns aufgedeckt wurden, aber bekanntlich verschüttet sich auch von drei unerfahrenen Gannern nur einer.“

Der Berichterstatter des Leningrader Gewerkschaftskongresses, Koroljew, hat in seinem Bericht auf denselben Gewerkschaftskongress folgende Zahlen über die entdeckten Unterschlagungen allein in den Leningrader Gewerkschaften mitgeteilt: in der ersten Hälfte 1924 wurden 42 Unterschlagungen begangen mit einem Gesamtbetrag von 19.600 Rubel, in der zweiten Hälfte 1924 128 Unterschlagungen mit einem Gesamtbetrag von 74.000 Rubel, im ersten Jahresviertel 1925 58 Unterschlagungen mit einer Gesamtsumme von etwa 23.500 Rubel.

Es kommt gewiß auch anderwärts vor, daß ein von seinen Kollegen mit einem Amt betrauter Mensch dieses Vertrauen schändlich mißbraucht. Aber wo in der ganzen Welt hat es jemals eine solche „Woge von Veruntreuungen gewerkschaftlicher Gelder“ gegeben! Diese Korruption, die „Seuche“, ist unweigerlich und unlöslich verknüpft mit dem ganzen bolschewistischen Gewerkschaftssystem, wo der Einfluß der Mitglieder faktisch ausgeschlossen und eine schmale Schicht verflüsselter Emporkömmlinge alle andern unterdrückt. Heicus nun, „Rote Fahne“! Reinige den Augiasstall der Gewerkschaftsbureaucratie — der kommunistischen Gewerkschaftsbureaucratie in Sowjetrußland.

Die Löhne der städtischen Arbeiter. Ihre Erhöhung ist unumgänglich.

Wie unseren Lesern bekannt ist, befinden sich gegenwärtig die städtischen Arbeiter in Berlin, und zwar sowohl die Arbeiter der Elektrizitätswerke und der Gas- und Wasserwerke wie die Arbeiter der Räumreibräume, in einer Bewegung zur Erhöhung ihrer Löhne. Bisher scheint man bei den zuständigen Stellen die Dinge auf die leichte Schulter genommen zu haben. Man könnte beinahe den Eindruck gewinnen, als wären sowohl die Direktionen der städtischen Werke wie die Magistratsentschlüssen, keinerlei Entgegenkommen zu zeigen und den Arbeitern damit gewissermaßen indirekt den Rat zu geben: „Wenn es euch nicht paßt, na dann streikt eben.“ Wenn wir auch keineswegs annehmen, daß es die Absicht der zuständigen Stellen ist, die Dinge auf die Spitze zu treiben, so sehen wir uns doch verpflichtet, festzustellen, daß dieses der Eindruck ist, den die Arbeiterschaft bekommt.

Zu welcher unhaltbaren Zuständen die gegenwärtigen Löhne führen, dafür nur zwei Beispiele: Im Kohlen- und Großhandel der Privatindustrie beträgt der Lohn der Kohlenarbeiter 92 Pf. die Stunde. In den städtischen Werken bekommt derselbe Kohlenarbeiter bei intensiver Arbeitsleistung nur 76 Pf. Ein anderes Beispiel: In den Charlottenburger Wasserwerken beträgt der Spitzenlohn der Arbeiter 1 M. die Stunde. In den städtischen Wasserwerken dagegen beträgt der Spitzenlohn nur 82 Pf. Auch wenn man der Direktion der städtischen Wasserwerke folgt und annimmt, daß durch die Gewährung eines Zuschusses die Arbeiterschaft in den städtischen Werken einen gewissen Vorteil genießt, so ist der Unterschied in der Entlohnung doch so groß, daß man ihn wohl als unhaltbar bezeichnen kann.

Wir glauben nicht, daß man den Arbeitern der städtischen Werke entgegenhalten könnte, was während der Inflation wiederholt geschehen ist, daß die Werke mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen hätten, die eine bessere Entlohnung nicht ermöglichten. Gegenwärtig ist die finanzielle Situation der städtischen Werke eine geradezu glänzende. Das geht z. B. schon allein aus der Tatsache hervor, daß die Ausgaben für Erneuerungsarbeiten nicht, wie vor dem Kriege, aus Anleihen, sondern aus laufenden Einnahmen bestritten werden. Trotzdem ist es den städtischen Werken gelungen, die Tarife ganz erheblich herabzusetzen. Alle diese Dinge sind der Arbeiterschaft natürlich bekannt. Umso mehr muß das förmliche Verhalten sowohl des Magistrats als auch der Direktionen der städtischen Werke böses Blut erregen.

Frankreich ratifiziert den Achtstundentag.

Bedingung: Auch Deutschland soll ratifizieren.

Paris, 8. Juli. (E.P.) Die Kammer hat heute vormittag die Beratung der Vorlage begonnen, durch die die Washingtoner Konvention über den Achtstundentag ratifiziert werden soll. Der Berichterstatter Chabrin teilte mit, daß die Konvention seit jetzt von Österreich, Italien und Indien ratifiziert worden sei, dagegen noch nicht von England, Frankreich, Deutschland und Belgien. Obwohl der Achtstundentag praktisch durchgeführt sei, so zögere man doch, ein inneres Gesetz in eine internationale Konvention umzuwandeln, weil dadurch das Land für einen längeren Zeitraum gebunden wäre. Frankreich stelle nur die eine Bedingung für die Ratifizierung: nämlich, daß sie auch in Deutschland erfolge. Im Namen der Handelskommission erklärte der Abg. Werlin, daß die Ratifizierung wirklich nur unter der oben genannten Bedingung erfolgen könne. Dagegen wollte der Sozialist Lebas nichts davon wissen und beantragte die bedingungslose Ratifizierung.

Der Arbeitsminister Durofour schloß sich den Forderungen der Abg. Chabrin und Werlin im Namen der Regierung an und machte darauf aufmerksam, daß dieser Vorbehalt den deutschen Arbeitern eine gute Handhabe geben werde, um die Ratifizierung der Konvention auch für Deutschland zu fordern. Der Minister ist überzeugt, daß auch die Ratifizierung durch England und Belgien nicht mehr lange auf sich warten lassen werde, nachdem Frankreich mit gutem Beispiele vorangegangen sei. In der Nachmittags Sitzung der Kammer wurde der sozialistische Vorschlag, die Konvention bedingungslos zu ratifizieren, mit 420 gegen 151 Stimmen abgelehnt, und die Ratifizierung unter dem Vorbehalt, daß Deutschland die Konvention ebenfalls ratifiziert, einstimmig mit 565 Stimmen gutgeheißen.

Die Leistungen der KPD.-Metallarbeiter.

Und die Schwindereien der „Rote Fahne“.

Unsere freundliche Einladung, die doch wohl nur im Interesse der Kandidaten der KPD. gelegen hat, doch endlich der Öffentlichkeit die Taten der auf Moskau eingeschworenen Metallarbeiter, insbesondere der kommunistischen Organisation in der Metallindustrie bekanntzugeben, hat die „Rote Fahne“ offenbar sehr verstimmt. Sie schreibt deshalb sehr verärgert:

„Die Frage ist nicht nur dumm, sondern auch falsch. Die wirklichen Väter der Metallunion sind die Ulrich-Zista, die in ihrem bornierten Kommunismus gegen die oppositionellen Kollegen wüteten und Tausende der besten Kollegen aus der Organisation ausschlossen. Der größere Teil der Unionisten hat eingesehen, daß sie mit dem Weiterbestehen der Metallunion der revolutionären Sache keinen Dienst erweisen. Sie verlangen die Wiedervereinigung mit dem DMB. Die Ulrich-Zista lehnen dies ab. Sie sind also auch an dem vorläufigen Weiterbestehen der Union schuld.“

„Also die Ulrich-Zista haben „Tausende der besten Kollegen aus der Organisation ausgeschlossen“. Wir haben uns die Mühe gemacht und die etwas geschwollenen Behauptungen des Organs für gegenseitige Arbeiterverehrung nachgeprüft. Wir haben dabei folgende Feststellungen gemacht: Seit 1920, d. h. seit der Wahl von Zista und Ulrich, sind insgesamt 191 (in Worten Einhundert-einundneunzig) ausgeschlossen worden. Von diesen 191 wurden ausgeschlossen wegen Streikbruchs 31, wegen unfollegialen Verhaltens 32, wegen Unterschlagung von Arbeitergeldern 22 usw. Unter den letzteren befinden sich eine ganze Anzahl prominenter Vertreter Moskaus. Wir wollen deren Namen nicht veröffentlichen. Sollte die „Rote Fahne“ jedoch auf diese ausgeschlossenen Kommunisten keine Rücksicht nehmen und die Richtigkeit unserer Angaben beweisen, dann würden wir uns gezwungen sehen, die Namen der wegen Unterschlagung von Arbeitergeldern ausgeschlossenen Mitglieder der KPD. zu veröffentlichen. So sehen die „Tausende der besten Kollegen“, die die Ulrich-Zista angeblich ausgeschlossen haben, in Wirklichkeit aus.“

Nun behauptet die „Rote Fahne“ weiter, daß der „größere Teil“ der Unionisten eingesehen habe, daß sie der revolutionären Sache keinen Dienst erweisen, wenn sie ihre Splitterorganisation weiter aufrechterhalten. Sie hätten daher einen Antrag auf Wiedervereinigung gestellt, der jedoch von Ulrich-Zista abgelehnt worden sei.

Wir wollen zunächst feststellen, daß allen persönlichen Anträgen von früheren Mitgliedern der Union auf Aufnahme oder Wiederaufnahme in den Metallarbeiterverband entsprochen worden ist. Ein Antrag auf korporative Aufnahme ist bis vor zwei Wochen überhaupt nicht gestellt worden. Vor zwei Wochen wurde von einer Personung in Tempelhof ein Antrag auf korporativen Beitritt in den DMB, angenommen. Dieser Antrag, der an sich eine Bankrotterklärung der kommunistischen Union ist, wurde statutengemäß vorige Woche von der Ortsverwaltung Berlin des DMB, an den dafür zuständigen Hauptvorstand weitergeleitet. Wir können hinzufügen, daß gar kein Zweifel besteht, wie ein solcher Antrag gehandhabt werden wird. Es wird ihm entsprochen werden.

Nachdem wir diese etwas die aufgetragenen Schwindereien berichtigt haben, gestatten wir uns, die Frage, um die es sich dreht, nochmals zu stellen: Wo sind die Taten und Erfolge der kommunistischen Metallarbeiterorganisationen? Wo sind die Taten der kommunistischen Betriebsräte? Ueber andere schimpfen, ist sehr leicht. Wo und wann haben es die Kommunisten aber besser gemacht? U. a. m. g.

Streik im Berliner Großhandel.

Seit langer Zeit sind die Löhne im Großhandel, besonders in einigen Gruppen, äußerst niedrig. Es werden zum Teil noch Bogenlöhne gezahlt, die sich unter 30 M. bewegen. Wie bereits berichtet, scheiterten bisher alle Versuche, die Arbeitgeber zu Lohnerhöhungen zu veranlassen. Gestern fanden vor dem Schlichtungsausschuß nochmals Verhandlungen statt, die ebenfalls wegen der Hartnäckigkeit der Arbeitgeber zu keiner Einigung führten. Alle Schiedsprüche des Schlichters wurden, obwohl sie Lohnsätze in geringer Höhe vorliefen, von den Arbeitgebern rundweg abgelehnt.

In der Verammlung, die gestern abend im Dresdener Kasino stattfand, berichtete Wolter ausführlich über die letzten Verhandlungen. Der Verammlung bemächtigte sich eine große Erregung über die Unnachgiebigkeit der Unternehmer. Es wurde allgemein die Auffassung vertreten, daß der Widerstand der Unternehmer nur durch einmütigen Kampf gebrochen werden kann. Mit allen Stimmen wurde daher der Beschluß gefaßt, heute (Donnerstag) in den Streik zu treten, ohne das weitere Eingreifen des Schlichters abzuwarten.

Damit ist der Streik im Großhandel zur Tatsache geworden. Die Organisation wird alle Schritte unternehmen, die zu einer erfolgreichen Durchführung dieses Kampfes notwendig sind, der allein durch die Unternehmer hervorgerufen wurde. Die Organisation macht vor allem den Beteiligten strengste Solidarität zur Pflicht. Freitag nachmittag 5 Uhr findet im Dresdener Kasino eine weitere Verammlung der Arbeiter des Großhandels statt.

Zum Kampf im sächsischen Baugewerbe.

Dresden, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Seit dem 1. Juli d. J. stehen in 16 Orten die Bauarbeiter im Streik. Die Unternehmer lehnten vorerst jede Verhandlungen ab, und als sie am 25. Juni durch einen Spruch des Dresdener Schlichtungsausschusses gezwungen wurden, sich zu Verhandlungen zu stellen, lehnten sie dann jedes Entgegenkommen ab. Die niedrigsten Stundenlöhne betragen jetzt 55 Pf., die höchsten Stundenlöhne eine Mark. Gefordert wurde von den Bauarbeitern eine Zulage von 30 Pf. pro Stunde, außerdem wurde die Gewährung von Ferien verlangt. Die letzte Forderung war um so berechtigter, da die Arbeitgeberverbände in ihren Geschäftsunterstützungen die Ferienländer seit dem 1. April 1924 von dem hiesigen Publikum einziehen, ohne in Wirklichkeit Ferien zu gewähren. Da die Unternehmer jedes Entgegenkommen ablehnten, treten 18.000 Bauarbeiter in den Streik. In einer Reihe von Orten wurden Einzelabschlüsse vorgenommen und die Forderungen bewilligt. Dies veranlaßte nun die Arbeitgeber, über ganz Sachsen die Absperrung und die Materialsperrung zu verhängen. Von der Absperrung werden circa 60.000 Bauarbeiter betroffen.

Schiedspruch in der Mannheimer Metallindustrie.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Mannheim: Der hiesige Schlichtungsausschuß fällt einen Schiedspruch für die Metallindustrie. Die Spitzenlöhne werden erhöht: In der Lohngruppe A von 81 auf 87, in Gruppe B 1 von 75 auf 78, in Gruppe B 2 von 59 auf 62, in Gruppe C von 57 auf 62, in Gruppe D von 39 auf 41. Die Zusatzbeiträge der Leistungsfähigkeit erhöhen sich von bisher 7 auf 9, 5 auf 6, 3 auf 5 und von 1 auf 5 Pf. Die Nachgruppenzulagen werden verdoppelt. Die Neuregelung wird vom 5. Juli bis 2. September 1925 gelten. Die Parteien haben sich bis zum 11. Juli mittags zu erklären.

Verbindlichkeitsklärung in der Schwerindustrie.

Essen, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichsarbeitsminister hat dem Antrag der Metallarbeiterverbände der nordwestlichen Gruppe auf Verbindlichkeitsklärung des von dem Arbeitgeberverband Nordwest abgelehnten Lohnschiedspruches stattgegeben.

Tariffündigung im Saarbergbau.

Saarbrücken, 8. Juli (E.P.). Nach vorausgegangenen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bergarbeiterorganisationen des Saargebietes, Vertretern des französischen Arbeitsministeriums und einem Vertreter der Bergwerksdirektionen haben der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerksverein christlicher Metallarbeiter, der Deutsche Metallarbeiterverband und der Christliche Metallarbeiterverband mit Schreiben vom 8. Juli den am 15. Januar d. J. abgeschlossenen Lohnvertrag gekündigt und um Aufnahme von Verhandlungen zwecks Abschlußes eines neuen Lohnvertrages ersucht.

SPD.-Metallarbeiter!

Aus jedem Betrieb müssen am Freitag, den 10. Juli, in der Zeit von 4-8 Uhr nachm. im Lokal von J. Schilling, Uferstraße 1, Kollegen erscheinen, um sehr wichtiges Material für die Wahl abzuholen. Verbands- und Parteizweckes legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Altkreis Groß-Berlin, Gas- und Wasserbranche, Donnerstag, den 8. Juli, abends 7 Uhr, im Bildersaal, Hebertstraße 17, Vorkommens aller in den Betrieben der Gas- und Wasserwerke beschäftigten Arbeiter. Tagesordnung: Stellungnahme zu unserer Lohnbewegung. Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters, zu erscheinen. Die Veranstaltung.

Veranstaltung für Berlin: Victor Schiff; Weißschiff; Arthur Galenus; Gewerkschaftsbewegung: J. Stricker; Revolution: Dr. John Schlotterbeck; Kaltes und Sanktionen: Fritz Rasmann; Anzeigen: H. Kluge; Schriftlich in Berlin: Berlin: Formulare-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Zimmer u. Co., Berlin E.B. 69, Unter den Eichen 3, hierin 1. Beilage, Unterhaltung und Wissa“ und „Frauenstimme“.

Probiert Bolle Schokolade

Schwere Explosion in Brieg.

2 Tote, 14 Verletzte.

Eine gewaltige Explosion verursachte am Mittwoch nachmittag in der Chauffee-, Jahn- und Gradenstraße in Brieg eine große Aufregung. Dort war auf dem ehemaligen Wegner-Grundstücke an der Chauffeestraße 64. Ecke der Jahnstraße, das nach der Gradenstraße durchgeht, und mit zahlreichen Betrieben besetzt ist, eine Explosion in der Filmverarbeitung und Gemischen Fabrik von Gerhard Sandt u. Co. angebrochen durch eine Entzündung von Filmrückständen (Zelluloid) in einer Zentrifuge entstanden und hatte verheerende Folgen. Zwei Personen wurden sofort getötet und 18 andere mehr oder weniger schwer verletzt.

An der Unfallstelle.

nicht weit von den Florianwerken, die vor einiger Zeit ebenfalls schwer von einer Explosion betroffen worden sind, sah es beim Eintreffen der Feuerwehr um 3 Uhr recht böse aus. Unter der Leitung des Oberbranddirektors Gemp und mehrerer Branddirektoren waren mehrere Löschzüge aus Berlin, Neutölln, Tempelhof und Brieg zur Stelle. Das einstöckige Oberlichtfabrikgebäude mit nur einem Ausgange brannte vollständig. Hausdach schlugen die Flammen. Keine Tür und keine Fensterscheibe war unversehrt, alles war zertrümmert. Selbst in einem seitwärts angrenzenden vierstöckigen Wohn- und Fabrikgebäude waren die meisten Fensterscheiben und Fensterkreuze bis zum Dach zertrümmert. Ein hinter dem brennenden Fabrikgebäude liegendes großes Gummilager der Firma Boldwin war vollkommen verschont geblieben. Die Feuerwehr ging sofort mit mehreren Schlauchleitungen vor und es gelang durch unangenehme Wassergeben und Angriffe von der Chauffee- und Jahnstraße eine weitere Ausbreitung der Flammen zu verhindern. Hand in Hand mit der Löschung der Flammen, die an alten verbrauchten Filmen in Fässern reiche Nahrung gefunden hatten, ging die Rettungsarbeit.

13 Personen konnten in Sicherheit gebracht werden, sie wurden nach dem städtischen Krankenhaus in Brieg, zu Verletzten und nach dem katholischen St. Hedwigs-Krankenhaus in Berlin gebracht. Zwei von ihnen waren tot und mehrere andere wurden verletzt. Der Mitinhaber der Firma Sandt, S. Freiwald, hat schwere Brandwunden erlitten, mußte ebenfalls fortgeschafft werden. Im Krankenhaus Brieg liegen schwer verbrannt drei Frauen: E. Conrad, R. Schorrman und H. Schmidt, sowie die beiden Arbeiter Friedrich Schulz und Erwin Dienke aus Neutölln. Tot sind Frau Raetke und Frau Feldmann. Beide waren bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Das kleine Gebäude mit nur einem schmalen Ausgang und zwei hintereinander liegenden Türen war für die Arbeiter und Arbeiterinnen zu einer Menschenfalle geworden. Sie konnten nicht hinaus, es sollen sich bei der Flucht und Rettung unbeschreibliche Szenen abgespielt haben. Das Schreien der Unglücklichen hat man weithin vernehmen können. Der Anblick der Verletzten und der Toten war grauenhaft. Nach Angaben der Beteiligten sollen in dem Fabrikhause nicht weniger als 15 Zentner Filmbfälle gelagert haben. Aus diesen mit Bromsilber getränkten Filmen wurde dort durch Erhitzen und durch Schmelzen in Zentrifugen Silber gewonnen, etwa 2 Kilogramm von 100 Kilogramm Abfällen. Diese Produktion ist noch nicht alt aber auch nicht ganz neu. Bisher war dabei kein Unfall zu verzeichnen gewesen. Nunmehr dürfte diese Produktion wohl aufhören. In der Unfallstelle hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die ihrem Unwillen laut Ausdruck gab. Es kamen noch Angehörige der Verunglückten, um sich nach diesen zu erkundigen. Der Sachschaden ist erheblich. Die Fabrikräume sind vollständig und die Kantorräume zum Teil vernichtet. Von den 15 Zentner Filmen ist nichts übrig geblieben. Angeblühn fällt ein Punkt von der Zentrifuge diese alten Filme entzündet haben. Eine Untersuchung ist von der Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft schon eingeleitet. Daß ein derartig gefährlicher Betrieb längere Zeit bestehen konnte, ist recht sonderbar.

Ein Augenzeuge

gibt über das schwere Unglück folgende Darstellung: „Um 1/3 Uhr wurden die Anwohner der Chauffeestraße in Brieg durch eine furcht-

bare Explosion und eine weithin sichtbare Stichflamme sehr erschreckt. Im selben Augenblick erfüllte gelblicher Rauch die ganze Gegend und Schwerverletzte rannten schreiend auf die Straße. Passanten riefen den Brennenden die Kleider ab. Nachbarn drangen heidenmütig in das Gebäude ein und brachten somit die erste Hilfe. Die Feuerwehr wurde mehrfach alarmiert, nicht nur durch die Straßenmelder, sondern auch telefonisch. Als erste traf die Wehr von Brieg ein, ihr folgten die von Tempelhof und Neutölln. Als die Wehr anrückte, stand bereits alles in hellen Flammen. Die Fabrik ist von innen ganz ausgebrannt. Doch gelang es der Wehr, ein in der Nähe gelegenes Gummilager zu retten, ebenso konnte das Wohngebäude, das die Bewohner notdürftig schon selbst geschützt hatten, vor Schaden bewahrt bleiben. Der ganze Betrieb der Filmverarbeitung macht einen sehr primitiven Eindruck. Man sieht Holzläden und ein mit geteilter Pappe gedecktes Dach. Wie ehemalige Arbeiter, die sich auf die erste Nachricht hin als Neugierige an der Unfallstelle einfanden, berichten, haben in den Räumen die Filme oft woggenweise gelagert. Es sollen in diesem doch gewiß recht feuergefährlichen Betriebe Kessel mit offenen Flammen gestanden haben.

Die Namen der Schwerverletzten.

Wir geben nachstehend nochmals die Namen der Schwerverletzten, ergänzt durch die Angabe ihrer Wohnungen.

- 1. Bruno Reinhardt, Alte Jakobstraße 5,
2. August Lehmann, Brieg, Jahnstraße 32,
3. Cäsa Schmidt, Brieg, Jahnstraße 44,
4. Walter Schulz Neutölln, Hermannstraße 178,
5. Frau Conrad, Personalken unbekannt,
6. Arthur Bönte, Palskodenstraße 28.

Nicht Verletzte, deren Personalien noch nicht feststehen, wurden zur Rettungsfeste gebracht, verbunden und mit Rettungswagen ihren Wohnungen zugeführt.

Verdunkelte Sonne.

Es war ein so sonniger Vormittag, an dem die enge, düstere Stube des Arbeitsnachweises am Belle-Alliance-Platz orientiert. Eine stiehende Heiterkeit lag in der Luft, eine gefällige Schwere, die eine trügerische Gelassenheit um den leuchtenden Atem der Straße wab.

Es ist ja heller Unfuss. Der Straßenarbeiter, der dort am Fahrstuhl Steine klopft, der Maurer, der dort im Südwesten auf dem Keuban halsbrecherische Kurven vollführt, der Straßenbahner, der hart und kurz abgerochen über die Schienen flüchtet, sie alle tragen, bei Sonne und Regen, das gleiche Joch. Der Vornach hebt nicht an, auch beim schönsten Juliwetter nicht. Aber drücken tun die Herren, bei Sonne und bei Regen. Sie sitzen in dem Stübchen, Reich an Reich, alte verhörnte Frauen und junge, verwundert blühende Dinger, der Mann, der Vater arbeitslos, krank oder auch tot, und suchen Arbeit; Arbeit, um sich und die Kinder vor dem Verhungern zu bewahren.

Es ist eine enge Stube, und in der Ecke dieser Armen, die hinter der Notdurft des Lebens jagen, immer auf der Pauer und immer unzufrieden, ist es auch eng, sehr eng. „Ja Gott, Frau Meyer, Sie müssen sich schon gedulden“, sagt der Abteilungsleiter, und man sieht's ihm ja an, die Meyern tut ihm leid. Aber das geht nicht so übers Anie, Geduld, Geduld. Die Meyer setzt sich, und ein heißes, trockenes Lachen kommt ihr aus der Kehle. „Geduld, Geduld...“ Die müssen diese Frauen ja alle so unendlich haben, wochenlang, monatelang.

Und so warten sie, die Geduld auf den Lippen, und die verzehrende Ungeduld, die Sorge um sich, um die Familie im Herzen.

Und wieder drängt sich jemand an den Schalter. Eine Frau in den mittleren Jahren. Hattig, ungesümm flingt die Frage: „Ist heute etwas — irgend etwas, und wenns auch das größte?“ Das Schiebermännlein klappt zurück. „Geduld, Geduld!“

Die Baumwollpflücker.

16) Roman von B. Traven. Copyright 1925 by B. Traven, Columbus, Tamaulipas, Mexico.

13.

Nachdem der Driller von seinem Urlaub zurückgekehrt war, wurde ich ausbezahlt und fuhr mit einem Lastwagen, der Del zu holen hatte, zur Station, von der ich nach Dolores Hidalgo reiste. Von dort aus fuhr ich ohne viel Aufenthalt glatt durch die Oaxaca, so daß ich schon in wenigen Tagen in Guatemala sein konnte, vorausgesetzt, daß ich meinen Plan nicht wieder einmal änderte.

In Oaxaca wollte ich erst einmal herumhören, was im Süden los sei, was hinter den Gerüchten von den neuen Feldern und den Arbeitsmöglichkeiten überhaupt zu suchen sei, und ob ich nicht besser vielleicht einen windigen Segelflaster ergattern und auf Argentinien los gehen sollte. Aber von dort kamen mir auch wieder zu viele herauf, die wahre Schauer-geschichten von der furchtbaren Epidemie Arbeitslosigkeit berichteten. Achtzigtausend lagen in Buenos auf der Straße und suchten eine Gelegenheit, fortzukommen. Aber schlimmer als in Mexiko konnte es ja dort auf keinen Fall sein.

Ich setzte mich auf eine Bank im Park. Ich ließ mir die Stiefel putzen, trank ein Glas Eiswasser, und als ich mich von diesen Beschäftigungen gerade so recht ungestört, zufrieden mit mir und der Welt ausruhen will, sehe ich, daß auf der Bank der meinen gegenüber ein Bekannter sitzt.

Es ist Antonio.

Ich gehe rüber zu ihm und sage: „Hallo, Antonio, guten Tag, was machen Sie denn hier?“

Wir gaben uns die Hand. Er war sehr erfreut, mich zu sehen. Ich setzte mich neben ihm und sagte ihm, daß ich auf der Suche nach Arbeit sei.

„Das ist gut“, sagte er. „Ich arbeite seit zwei Wochen in einer Bäckerei, Brot- und Kuchenbäckerei. Da können Sie gleich heute anfangen, als Bäcker. Wir suchen gerade einen Gehilfen. Sie haben doch schon als Bäcker gearbeitet, nicht wahr?“

„Nein“, erwiderte ich, „ich habe zwar schon in hundert verschiedenen Berufen gearbeitet, sogar schon als Kamelstreiber — und des ist eine gottverfluchte Beschäftigung —, aber bis zu einem Bäcker habe ich es noch nicht gebracht.“

„Das ist ausgezeichnet, dann können Sie anfangen,“ sagte

Antonio darauf. „Wenn Sie nämlich Bäcker wirklich wären oder etwas vom Backen verstünden, dann wäre nichts zu machen. Der Inhaber ist ein Franzose, er hat keine Ahnung vom Backen; wenn Sie ihm erzählen, in ein Brot gehöre Pfeffer hinein, das glaubt er Ihnen. Der wird Sie natürlich fragen, ob Sie Bäcker seien. Da müssen Sie ganz dreist sagen, das sei ihr Beruf seitdem sie nicht mehr in die Schule gingen. Der Meister ist ein Däne, ein entlausener Schiffskoch. Er versteht auch nichts vom Backen. Seine größte Sorge ist nun, daß ein richtiger Bäcker dort anfangen könnte; einer, der das Backen wirklich versteht. Dann wäre es natürlich mit der Meisterherrlichkeit des Dänen gleich aus, denn ein richtiger Bäcker würde nach zehn Minuten sehen, was los ist. Wenn Sie nun der Meister fragt, müssen Sie gerade das Gegenteil sagen von dem, was Sie zu dem Inhaber sagen. Zum Meister müssen Sie sagen, es sei das erste mal in ihrem Leben, daß Sie in einer Backstube stehen. Dann nimmt er Sie sofort an und Sie sind sein Freund.“

„Das kann ich ja gut machen. Als Bäcker wollte ich schon immer mal arbeiten“, sagte ich, „man kann dann, wenn man mal in der Verlegenheit ist, die Bäcker alle so schön mitnehmen. Dann hört die Sorge um das tägliche Brot auf und man hält es ein paar Tage länger aus. Also, wird gemacht. Was ist denn der Lohn?“

„Ein Peso und fünfzig Centavos.“

„Nack?“

„Ach wo, mit Essen und Schlafen. Seife haben wir auch frei. Sie kommen weiter damit als beim Baumwollpflücken, das kann ich Ihnen sagen.“

„Wie ist denn das Essen? Gut?“

„Ach, es ist nicht gerade schlecht, es ist —“

„Weiß ich doch.“

„Aber man wird immer satt.“

„Kenne die Magenkneter zur Genüge.“

Antonio lachte und nickte. Er drehte sich eine Zigarette, bot mir Tabak und Weisblatt an und sagte nach einer Weile: „Unter uns gesagt, das mit dem Essen ist auszuhalten. Hier wird in den Bäckereien und Konditoreien mit Eiern und Zucker gemischt, das ist eine wahre Freude ist Ra und sehen Sie, da kommt es auf so ein Dutzend Eier auf den Mann nicht an. Da sind rasch drei Eier in die Tasse geschlagen, mit Zucker verrührt und da hilft man der Kost nach. Das macht man in der Nacht und am Vormittag vier- oder fünfmal, dann können Sie schon gut zurecht kommen.“

„Wie lange arbeitet Ihr denn?“

Der Mord an dem Reichsbannermann Schulz. Die Zeugenvernehmung.

In dem Prozeß wegen der Ermordung des Reichsbannermannes Schulz wurde in der Zeugenvernehmung fortgefahren. Zeuge Kaufmann Sonnenfeld gab eine Darstellung der Vorgänge am Bayerischen Platz, bei der er sich in Widerprüchen mit seinen früheren Bekundungen verwickelte. Er erklärte seine Widerprüchungen damit, daß er am Sonntag einen Steinwurf an den Hintertopf erhalten und davon eine kleine Gehirnerschütterung gehabt habe, unter der er litt, als er am Dienstag auf der Polizei vernommen wurde.

Es wurde dann der 45jährige Arbeiter Joseph Kubera vernommen, der Führer des Juges war. Die Begleitmannschaft bestand aus 15 Reichsbannern. Sie dienten zum Schutze der Plakate. In der Innsbrucker Straße stand auf der Promenade eine Gruppe von fünf Männern, aus der „Schwarz-Rot-Weiß“ zugerufen wurde. Er habe sich das, da er als Leiter im Zuge ging, in ruhigem Tone verbeaten. Während er mit Rehnig sprach, sei jemand von hinten gekommen und habe das Fahnen fortgenommen. Rehnig rief: „Ihr feigen Halunken“ und zog die Pistole hervor. Ich sagte zu ihm, er solle die Waffe wegstecken, sonst würde ich sie ihm aus der Hand schlagen. Vors.: Sie sollen den Stock erhoben haben? — Zeuge: Nein, er hielt die Pistole vor meine Brust, gab dann einen Schuß in die Luft ab. Darauf gab ein Kamerad ein Signal mit der Trillerpfeife und Rehnig ließ zu einem Bretterzaun, wir hinter ihm her, um ihm die Waffe zu entreißen. Ob mit Stößen geworfen worden ist, weiß ich nicht, dazu war ich viel zu aufgeregt. Der Vorsitzende hielt dem Zeugen vor, daß Sonnenfeld anders ausgelegt habe. Kubera erklärte dazu, daß auf Sonnenfeld nicht viel zu geben sei. Der Zeuge bestritt auch, daß er die Weisung gegeben habe, die Fahne fortzunehmen. Der Vorsitzende machte den Zeugen Kubera darauf aufmerksam, daß er sich mit seiner Angabe, daß er und ein zweiter Reichsbannermann allein Rehnig gegenüberstanden hätten, als dieser die Waffe zog, in Widerspruch befände mit den Angaben seiner anderen Kameraden. Danach sei es ein ganzer Trupp gewesen, der auf Rehnig einkürnte. Zeuge: Sie kamen erst nach dem Schuß. Wir waren hinter ihm her, um ihm die Waffe zu entreißen. — Vors.: Er hatte Sie doch gewarnt, abzulassen, sonst schië er. Müßte er sich gefallen lassen, daß Sie auf ihn eindringen? Hätten Sie das nicht getan, dann hätte er doch auch nichts unternommen. — Zeuge: Erst nachdem er den Luftschuß abgegeben hatte, waren wir mit erhobenem Stock vorgangen. Wir wollten ihm die Pistole fortnehmen. — Vors.: Weshalb, er war doch fortgelaufen, warum laufen Sie ihm nach? — Zeuge: Weil wir uns nicht über den Hausen schiëgen lassen wollten. — Vors.: Ist das eine strafbare Handlung, wenn er in die Luft schië? — Zeuge: Das kommt darauf an, wenn wir in die Luftschießen würden, wäre es wohl eine strafbare Handlung. — Vors.: Doch nur, wenn das in strafbarer Weise geschehen würde. — Zeuge: Wir haben erst nach dem scharfen Schuß mit dem Stock geschlagen oder geworfen. — Der Reichsbannermann Klein war zur Bewachung mit angeworben worden. Er bekundete, daß die Schütze Gruppe dem Juge „Barmatstieber, Wotrich“ zugerufen habe. Der nächste Zeuge, Arbeiter Bernicke erklärte, daß nach seiner Meinung Rehnig keine Brandstiftung hatte, den Revolver zu ziehen. Er habe zweimal auf die Erde geschossen und der Zeuge hatte den Eindruck, daß Rehnig die Hüfte treffen wollte. Erst nach dem scharfen Schuß auf Schulz sei Rehnig angeriffen worden.

„Arbeiter Kly gab als Grund für die Verhaftung des Angeklagten an, daß man ihm die Waffe fortzunehmen und ihn nach einem Waffenschein untersuchen wollte.“ — Vors.: Das geht Sie doch nichts an, Sie sind doch keine Polizei. — Zeuge: Das geht uns viel an, wenn jemand mit Kanonen auf Leute schië. — Vors.: Was wollten Sie mit den erhobenen Stöcken? — Zeuge: Er sollte die Pistole einschießen. — Vors.: Sollte er sich dann schlagen lassen? — Zeuge: Wir wollten zusehen, wenn er geschossen hätte. — Vors.: Es war ja nur ein Schreckschuß gewesen. — Zeuge: Das konnten wir doch nicht wissen. — Auch ein weiterer Zeuge aus der Begleitmannschaft erklärte, daß Rehnig erst einen Schlag über den Kopf bekommen habe, als er Schulz zu Boden gestreckt hatte. — Nach einer Pause wurden dann die Zeugen aus der Gruppe um den Angeklagten vernommen. Sie bekundeten, daß die Reichsbannern nicht beschimpft worden seien und daß diese sie bedroht hätten. Dann wurden die Verhandlungen auf Donnerstag früh vertagt.

„Das ist verschieden; manchmal fangen wir schon um zehn abends an und arbeiten dann durch bis ein, zwei oder drei Uhr nachmittags. Manchmal wird es auch fünf.“

„Das wären dann also 15 bis 19 Stunden täglich?“

„So ungefähr. Aber nicht immer, manchmal, besonders Dienstag und Donnerstag fangen wir auch erst um zwölf an.“

„Bekleidend ist es ja nun gerade nicht,“ sagte ich.

„Aber man kann ja so lange dort arbeiten, bis man etwas Besseres findet.“

„Natürlich! Wenn der Tag 36 Stunden hätte, würde man ja auch Zeit finden, sich nach anderer Arbeit umsehen zu können. Aber so? Immerhin, ich werde anfangen.“

Der Gedanke, daß ich von nun an mit einem Raubmörder Tag und Nacht zusammenarbeiten, mit ihm aus derselben Schüssel essen, mit ihm vielleicht gar im selben Bett schlafen sollte, der Gedanke kam mir gar nicht. Entweder war ich moralisch schon so tief gesunken, daß ich für solche Feinheiten der Zivilisation das Empfinden verloren hatte, oder aber ich war so weit über meine Zeit hinaus gewachsen und über die herrschende Sitten erhaben, daß ich jede menschliche Handlung verstand, daß ich mir weder das Recht annahm, jemand zu verurteilen, noch mir die billige Sentimentalität einflößte, jemand zu bemitleiden. Denn Mitleid ist auch eine Beurteilung, wenn auch eine uneingeständene, wenn auch eine unbewußte. Und vielleicht ein Gefühl des Schauderns vor Antonio, eine Abscheu, seine Hand zu schütteln? Es laufen so viele Raubmörder herum, wirkliche und moralische, mit Brillanten an den Fingern und einer dicken Perle in der Halsbinde oder goldenen Sternen auf den Ärmeln, denen jeder Ehrenmann die Hand drückt und sich dabei noch geehrt fühlt. Jede Klasse hat ihre Raubmörder. Die der meinen werden gebeknt; diejenigen, die nicht meiner Klasse angehören, werden bei Mr. Präsident zum Ball eingeladen und dürfen auf die Sittenslosigkeit und Rohheit, die in meiner Klasse herrscht, schimpfen.

Zu solchen Gedanken verwehert man und sitzt man hinab in den Morast und zwischen dem Abscham der Menschheit, wenn man um Brötchen kämpfen muß.

Aber aus diesem Strudel törichter und verrückter Gedanken, die mir das Blut zu Kopfe jagten, riß mich plötzlich Antonio mit der Frage.

„Wissen Sie, Ose, wer, noch in Oaxaca ist?“

„Nein! Wie kann ich das auch wissen, ich bin ja gestern abend erst angekommen.“

„Sam Boe, der Chinese.“

(Fortsetzung folgt.)

Wo die Arbeiter wohnen.

Vor kurzem ging wieder eine Notiz durch die Presse, die zu melden wußte, daß bei einer Razzia in Straßund eine große Anzahl polnischer Schütter und sogar Familien mit Säuglingen in Strahmieten und Feldscheunen aufgefunden worden sind, die sie als Unterkunft benutzten. In den kürzlich erschienenen Nummern 8 und 9 der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ nimmt ein Gerichtsreferendar A. Krause zu dem ganzen Fragenkomplex Stellung. Er tut es unter besonderer Berücksichtigung der Beobachtungen, die er im Berliner Asyl für Obdachlose angestellt hat. Uns interessieren zunächst diese Beobachtungen. Er schreibt über sie:

Die Unterbringung der landwirtschaftlichen Wanderarbeiter im Berliner Asyl ist derzeit erfolgt, daß die Frauen mit den Kindern im schulpflichtigen Alter in besonderen Baracken (sogenannten Rotbaracken) auf eisernen Britschen wohnen. Ihre Verpflegung erfolgt wie in dem Familienheim. Eine Tagesverpflegung erhalten die Frauen und deren Kinder unter sechs Jahren. Frauen mit Kindern im Alter von 6 bis 14 Jahren bekommen durch freiwillige Spenden Eßwaren, während die ledigen Frauen und Männer im Nachhast nur die Obdachlosenverpflegung, morgens Brot und Suppe, abends nur Suppe, erhalten. Die Sauberkeit der Unterbaracken ist nur eine sehr bedingte. In den Rotbaracken, in denen sich die obdachlosen Frauen und Kinder der Wanderarbeiter aufhalten, ist die Verhältnismäßig besser als im Nachhast. Die Anstaltsleitung ist bestrebt, alles für die Durchführung der Sauberkeit Erforderliche zu tun. So werden täglich die Säle und die darin befindlichen eisernen Britschen mit Wasser abgeputzt und periodisch in kurzen Zwischenräumen desinfiziert. Ferner ist den Obdachlosen eine gute Gelegenheit zur Reinigung ihres Körpers in Bade- und Entsaufungsräumen, sowie auch zur Reinigung und Desinfizierung ihrer Kleidung und Leibwäsche gegeben. Bedenkt man jedoch, daß in einem sechsmal 23 Meter großen Raum durchschnittlich 100 Personen untergebracht sind, die dicht nebeneinander auf den Britschen schlafen und ihr ganzes Hab und Gut, teilweise bestehend aus wertlosen Lumpen, unter und auf ihrem Bett zu liegen haben, und außerdem fast täglich, zum mindesten aber wöchentlich, die Inzusen eines solchen Raumes wechseln, so wird man verstehen, daß es einer besonderen Vorsicht des Besuchers einer solchen Baracke bedarf, will er sich nicht unlesbare Inzusen mit nach Hause nehmen. Diese notwendige Wasserunterbringung bringt nicht nur die Unausrottbarkeit des Ungeziefers mit sich, sondern hat auch andere schwere und gefährliche hygienische Nachteile nach sich gezogen. So werden nicht selten Infektionskrankheiten schlimmerer Art eingeschleppt. Die Zahl der an Masern, Scharlach und Diphtherie infizierten Kinder, insbesondere der Wanderarbeiter, die nach den Krankenhäusern abtransportiert werden mußten, war in den Wochen des Aufenthaltes der Wanderarbeiter im Asyl verhältnismäßig groß.

Das sind wenig erfreuliche Feststellungen. Sie stellen der Obdachlosenverbände in der Weltstadt Berlin kein günstiges Zeugnis aus. Ein Wandel wird sich nur erzielen lassen, wenn nicht jede Maßnahme lediglich unter dem Gesichtspunkt der Sparbarkeit, sondern vor allem der sozialen Hilfestellung erfolgt.

Er stand Kopf.

Aus dem Leben eines Flatterfahrers.

Sicherheit wird das Gesch wenig danach fragen. Man wird ihm seine 100 Bodeneindrücke fallbürtig und paragrafenmäßig nachhalten und demgemäß verurteilen — — — aber er ist kein Verdröcker von der reizlosen Dummheit der Schöblone gewesen. Hier liegt Farbe, Witz und Originalität. Reden der ungewöhnlichen Geschäftigkeit des vielerprobten Sachmannes lagert über dem ganzen Buchen eine behagliche Dosis von wohlthuendem Selbstgefühl. Die geschätzte Kollegenschaft nannte Paul den „König der Flatterfahrer“. Dabei zu bemerken ist, daß Flatterfahrer die Bezeichnung für die tüchtige Junge der Bodendiebe ist. Mancherlei gewagte Dinger hatte der Flattermeister schon gedreht. Er managerte die Kriminalakzidenzen glänzend und bezeichnete seinen Beruf selbst geringschätzig als „Spielelei“. Einmal erbeutete Paul Kind einen Chauffeuranzug. Das war nun die ideale Garderobe für seine „Requissionsgänge“. Nirgends erregte er so Verdacht. Einst hatte Paul, der fleißig Umschau hielt und sich für alle Fälle logisch die Namen der „Lieferanten“ merkte, eine Nähmaschine erbeutet. Auf der ersten Treppentstufe hielt ihn der Portier an. „Wollten Sie“, sagte der Schwermühschleppende seelenruhig zu des Hauses Hüter, „das ist Frau Dr. Wolfs Nähmaschine. Ich muß sie zur Reparatur bringen. Können Sie mir nicht beim Runtertrogen behilflich sein?“ Der Portier sah an, balancierte die schwere Maschine auf den bereitstehenden Wagen und Paul fährt fröhlich und mit Dank davon. Nachher gab es eine wenig angenehme Aufklärung. Einmal wurde es sehr brenzlich für den Meister. Ein Ueberfallkommando überraschte ihn. Schon ergriffen die Greifer die Türen. Da sprang der Dieb in eine eiserne Kiste. Krampfhaft hielt er von innen zu, als man sich auch hier an die Untersuchung machte. „Sie ist verschlossen“, sagte da jemand. Es war für den Flatterfahrer die Rettung. Am Hohenzollernndamm haben sie ihn nun gefaßt. Hoch oben, in einem Ecktürmen, in das er, gehegt von allen Seiten, hineingekrochen war. Den Kopf nach unten und die Beine nach oben. Kopfstand — mußte er wegen der Enge der Zufluchtsstätte stehen — zwei Stunden lang. Dann hat ihn der Spürhund der Polizisten verbeißt. Nun wird er vorerst das Flatterfahren ja einstellen müssen.

Die Reinickendorfer Diebebande.

In dem Strafprozeß gegen die sogenannte Reinickendorfer Eindrückerkolonie wurde nach zehntägiger Dauer gestern die Beweisaufnahme geschlossen. Der Staatsanwalt beantragte darauf gegen die 45 Angeklagten insgesamt 42 Jahre und vier Monate Zuchthaus, 23 Jahre und acht Monate Gefängnis und 68 Jahre Ehrverlust. Unter den Angeklagten befinden sich überwiegend Fehler und nur zwölf eigentliche Diebe; diese sind offenbar gewerbmäßig nur strafbaren Handlungen nachgegangen, und wurden deshalb besonders harte Strafen vorgelesen. So wurden Zuchthausstrafen von zwei bis acht Jahren gegen die Haupttäter Willt, Guhl, Walter Alleben, Erdmann, Raas, Kunow, Förster und gegen die Haupthehler Kühner und Keizke beantragt. Eine der Hehlerinnen verließ bei Anhören des Antrages in Schreikrämpfe und mußte aus dem Saale geschafft werden. Das Urteil wird im Laufe des kommenden Freitag verkündet werden.

Eine treue Hüterin.

Die Hausangestellte Gertrud M. ist dem schlechten Einfluß ihres Freundes, des Gelegenheitsarbeiters Friedrich R., unterlegen. Beide hatten sich wegen schweren Diebstahls vor dem Schöffengericht in Moabit zu verantworten. Mit ihnen standen ein gewisser Friedrich R. und dessen Freundin Charlotte R. wegen Hehlerei auf der Anklagebank. Gertrud ist ein fleißiges Mädchen gewesen und hat sich zwei Jahre hindurch das Vertrauen der Familie, bei der sie in Arbeit stand, erworben. Aus diesem Grunde wurde sie zur Hüterin der Wohnung bestellt, als die Inhaber vertrieben. Die Angeklagte ließ sich nun leider von ihrem Freunde verleiten, sowohl ihn wie eine Freundin mit deren Koffer in die anvertrauten Räume einzulassen. Schnell war der Plan gefaßt, so gründlich wie möglich „aufzuräumen“. Schränke, Truhen und Schreibtische wurden erbrochen und was des Mitnehmers wert war, aus der Wohnung geschafft. Selbst sechs Kanarienvögel wurden gestohlen. Nachdem das ganze Diebesgut in Sicherheit gebracht war, ging es zurück in die Wohnung, wo die „gelungene Sache“ würdig gefeiert wurde! Sekt und Schnäpfe waren genügend vorhanden; fast der ganze Vorrat des Wohnungsinhabers mußte daran glauben. Jetzt land nun das für die Beteiligten sehr unangenehme Nachspiel vor dem Gericht statt. R. mußte zugeben, von den gestohlenen Sachen

Mordprozeß Angerstein.

Limburg a. d. Lahn, 8. Juli. (Drahtbericht.) Im Laufe der weiteren Verhandlung befandete als nächster Zeuge der Postkassierer Becker, daß er Angerstein auf dem Bahnhof Haiger am Sonnabend vor der Tat, als er zum Arzt fuhr, getroffen habe, um sich gegen seinen Darmkatarrh ein Mittel zu holen. Am Montagnachmittag, also als die Tat schon geschehen war, brachte ihm der Zeuge einen Brief vom Finanzamt, den Angerstein vom Fenster aus entgegennahm. Dabei habe der Angeklagte ihm ohne jeden Anlaß mitgeteilt, daß seine Frau krank sei und zu Bett liege. — Vorl. (zu Angerstein): Wie kamen Sie denn dazu, mit einemmal von Ihrer Frau zu erzählen? — Angell.: Ich kam durch meinen Darmkatarrh dazu. — Dank wurde eine ganze Reihe von Zeugen vernommen, die Angerstein an jenem Nachmittag, als er noch einmal zu Besorgungen in die Stadt gegangen war, gesprochen hatten. Zu der Frage der angeblichen Einbrüche im Hause Angersteins erklärte dann noch der Vater des ermordeten Kiel, sein Sohn habe in den letzten Jahren verschiedentlich erzählt, er habe für Angerstein

Selbstschüsse und Schloßöffnungen

kaufen müssen, weil angeblich Einbruchversuche gemacht worden seien. — Angell.: Die Selbstschüsse waren für meinen großen Garten bestimmt, von Einbruchversuchen habe ich aber dem Kiel nichts gesagt.

Nach der Mittagspause machte der Eisenbahningenieur Richard aus Haiger völlig neue Angaben. Er war ebenfalls einer der ersten, die in das brennende Haus eindringen, der aber, im Gegensatz zu allen anderen bisherigen Darstellungen, behauptete, daß die Leiche des Gärtners Darr sorgfältig zugedeckt auf dem Bett gelegen habe. Ueber diesen Punkt kommt es zu längeren Auseinandersetzungen, doch bleibt der Zeuge mit aller Entschiedenheit bei seiner Darstellung. — Die Krankenschwester Clara aus Haiger befandete, daß sie an jenem Abend, als Angerstein nach dem Hause von Direktor Müller gebracht worden war, zu ihm gerufen wurde, um ihn zu verbinden. Er habe zunächst gerufen: „Schwester, rette Sie meine Frau!“ und habe dieser dann, als die Pflegerin jemand fragte, ob der Verwundete noch mehr Verletzungen habe, von selbst geantwortet: „Ich glaube, mein linker Arm ist ab.“ Die Schwester hatte den Eindruck, daß er dabei vollkommen klar war. — Der Zeuge Dr. Vogel aus Haiger befandete, daß der Arzt, der Angerstein die erste Hilfe geleistet hatte, eine Verletzung des Bauchfeldes befürchtete, daß er selbst aber nicht an lebensgefährliche Verwundungen oder an einen schweren Blutverlust glaubte habe. Bei der anschließenden Operation Angersteins sei die Karfose ausgezeichnet verlaufen. Der Pfarrer Hendesuf aus Haiger wurde in der Nacht vom Montag zum Dienstag zu Angerstein ins Krankenhaus gerufen, und zwar hat Angerstein nach ihm verlangt, um ihm etwas zu befehlen. Er habe seiner Firma etwas über 3000 M. unterschlagen. Der Angeklagte glaube, daß er sterben müsse, und der Pfarrer möge dem Procuristen Riz bestellen, er möge ihm, Angerstein, verzeihen. Am Morgen des folgenden Tages war der Geistliche wieder bei ihm und da habe Angerstein ihn gebeten, sich doch um seine Käthe, seine Frau, zu kümmern. Der Pfarrer versprach ihm darauf, daß er seine Frau zu Frau Angerstein schicken würde, worauf Angerstein antwortete, das wäre ihm sehr lieb. — Vorl.: Hat er immer von seiner lieben Käthe gesprochen? — Zeuge: Ja wohl. — Zum drittenmal wurde der Pfarrer dann zu Angerstein gerufen, um ihn zu einem Geständnis zu bewegen, hatte damit aber keinen Erfolg, denn Angerstein sagte, man möge ihn in Ruhe lassen. Als er dann oder seinem Bruder

gegenüber das Geständnis abgelegt hatte, ließ er wieder den Geistlichen rufen, weil er den Wunsch hatte, zu beten. Der Pfarrer ermahnte ihn dabei,

alles zu beichten,

was er wisse, weil sonst das Beten keinen Zweck habe. — Ziegeleibesiger Streuer war in der Nacht nach dem Mord bei dem Angeklagten im Krankenhaus. Angerstein bat ihn damals, Frau Streuer, die immer so gut zu seiner Frau gewesen wäre, möge doch einmal nach seiner Frau sehen. Er habe seiner Frau zuliebe sich sehr mit der Landwirtschaft beschäftigt und ihr auch eine Kuh gekauft, damit sie immer frische Milch habe. Auf Befragen des Vorliegenden erklärte der Zeuge, daß das Familienleben im Hause Angerstein nach seiner Auffassung gut gewesen sei, die Frau wäre ordentlich und brav gewesen, auch an dem Mord sei nichts auszusagen gewesen. Der Hausarzt Dr. Höfer befandete, daß Angerstein an der krankhaften Vorstellung gelitten habe, daß er Tuberkeln in der Lunge habe und daß seine Frau geschlechtskrank sei, weil diese fürchtete, sie hätte sich von ihrem Manne angesteckt. Tatsächlich sei eine Ansteckung nicht erfolgt, und Angerstein sei damals von seinem Geschlechtsleiden vollständig geheilt worden.

Weiter befandete der Hausarzt, daß Frau Angerstein ihm ein's Tages gesagt habe, es komme ihr zu Hause unheimlich vor. Ueberhaupt hätten beide Ehegatten die Angst geäußert, daß sie einmal

nicht eines normalen Todes sterben

würden. Am Sonnabend vor der Tat sei dann Angerstein zu ihm in die Sprechstunde gekommen und habe erklärt, er fühle sich nicht wohl, er fürchte, er habe Typhus. Er habe damals einen sehr unruhigen, erregten Eindruck gemacht. Dr. Höfer beruhigte ihn mit dem Hinweis, daß er zweifellos nicht typhuskrank sei. Vorl.: Haben Sie ihm bestimmt gesagt, daß er nicht Typhus habe? Zeuge: Ich sagte ihm, er habe bis jetzt keinen Typhus, natürlich könne sich diese Krankheit einmal entwickeln, damals herrschte viel Typhus. Nach der Tat wurde dann Dr. Höfer noch in der Nacht aus dem Krankenhaus Haiger angeklagt, er möchte doch zu Angerstein kommen, der dringend nach ihm verlangt. Der Zeuge ist dann am nächsten Tag nachmittags hingegangen und Angerstein erzählte ihm dort in weinerlichem Tone, daß in der Nacht zum Sonntag Durchbares sich ereignet habe, es seien Schüsse gefallen und seine Frau habe sich sehr aufgeregt. Auf die Frage, was denn in der Nacht zum Montag passiert sei, habe Angerstein gar nichts mehr wissen wollen, aber nach einiger Zeit habe er gefragt: Waren Sie hier bei meiner Frau? Geben Sie doch hin und beruhigen Sie sie. Vorl.: War Angerstein nach Ihrer Meinung geistig benommen? Zeuge: Heute nehme ich natürlich an, daß er matriert hat. Damals hielt ich es für möglich, daß eine Geistesstörung vorlag. Vorl.: Haben Sie als Hausarzt jemals gehört, daß der Angeklagte an Hornausbrüchen gelitten hat? Zeuge: Nein, er machte einen durchaus geordneten und ruhigen Eindruck. Auch weder hysterische noch sonstige geistige Störungen habe ich bei ihm bemerkt. Auch über Herzankfälle hat er meines Wissens nicht geklagt, wohl aber über starke Kopfschmerzen. Frau Angerstein habe ich dann auch einmal wegen eines in Köln erlittenen Straßenbahnunfalls behandelt. Als letzte Zeugin wurde dann Frau Pfarrer Hendesuf vernommen, die Frau Angerstein als sehr fromm und gläubig schilderte. Hierauf wurde die Verhandlung auf Donnerstag früh 8 Uhr vertagt.

1 Smoking, 1 Gehrock, 7 andere Anzüge, 1 Jumper und Damenmäde an seinen Freund R. verkauft zu haben. Dieser spielte sich nun seiner Braut als freigebiger Kanakler auf und beschenkte sie reichlich mit den schönsten Dingen. Jetzt hatte sie sich wegen Hehlerei zu verantworten. Es gelang ihrem Verteidiger jedoch, Zeugen zu stellen, die Fräulein R. auch schon vor dem Diebstahl im Jumper, seidene Strümpfen und ... so weiter bewundert haben wollen. Das Gericht mußte sie von dem Verdacht der Hehlerei freisprechen und sofort aus der sieben Monate währenden Untersuchungshaft entlassen. Bei R. wurde jedoch angenommen, daß er von seinem Freunde über die Herkunft der Sachen unterrichtet war und verurteilte ihn wegen Hehlerei zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis. Die Hausangestellte aber und ihr Freund büßen ihre schlechten Streiche mit einem Jahr und drei Monaten Gefängnis.

Unhaltbare Zustände auf Postamt Blumenstraße.

Man schreibt uns: Auf dem Postamt D. 99 in der Blumenstraße herrschen geradezu börsliche Zustände. Das Postamt, das schon ohnehin im Raum sehr beengt und dunkel ist, hält seine Pforten von 12—2 Uhr (?) geschlossen — ist also in dieser Zeit für jeden Verkehr gesperrt. Die Folge davon ist, daß sich bis 2 Uhr vor dem Amt regelmäßig eine Polonaise bildet, die auf Einlass wartet. Daß hierbei oft die Nacht des Stärkeren entscheidet, dürfte eine bloße Tatsache darstellen. Nicht viel anders ist es in den Nachmittags- und Abendstunden. Eine große Zahl Menschen drängt sich in dem kleinen Raum und wartet auf Abfertigung. Was der Spitze aber die Krone bietet, ist, daß in dieser besonders volkreichen Gegend von den drei Schaltern nur zwei geöffnet sind. Wie auf Befragen mitgeteilt wurde, vermutlich auf eine Bestimmung „von oben herab“. Eine nette Bestimmung, hier Schlichterung der Volksgenossen, und dort Personalabbau. Auch Entschuldigungen, daß sich in der Magazinstraße (eine Viertelstunde Entfernung) noch ein Amt befindet, ziehen nicht. Es wird höchste Zeit, daß in der Blumenstraße Abhilfe geschaffen wird.

Der „Einbrecherkönig von Lody“.

Eine große Einbrecherbande, die es namentlich auf Trilofogen, Konfektions- und Wäschegehalte abgesehen hatte, wurde kürzlich von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht bis auf ein Mitglied, das nur unter dem Spitznamen „der Einbrecherkönig von Lody“ und „Manneke“ bekannt war. Jetzt gelang es einer Streife der Kriminalpolizei, auch diesen letzten Mann in der Grenadierstraße zu ermitteln und dort in einem Lokal zu verhaften. „Manneke“, ein kleines, schmächtiliges Männchen, nennt sich jetzt „Freiher Mar Tiger“. Ob das sein richtiger Name ist, erscheint noch sehr zweifelhaft. Seine

Herkunft ist noch dunkel. Man weiß nur, daß er sich seit geraumer Zeit in Berlin unsichtbar gemacht hatte. Der Verhaftete gibt zu, daß ihm sein Spitzname „Einbrecherkönig von Lody“ bekannt gewesen sei. Er will aber nicht wissen, wie er zu ihm gekommen ist, und versichert, daß er weder in Lody noch in Berlin Einbrüche verübt habe. Nur Hehlerebeziehungen will er zu der siebenköpfigen Bande unterhalten haben. Sicher ist, daß er auch gute Beziehungen seiner Art zum Ausland hatte. Die Kriminalpolizei führte ihn dem Untersuchungsrichter zu.

„Wie reist der Berliner?“

Man schreibt uns: Auf den Vortrag: „Wie reist der Berliner“ bezugnehmend, den Herr Dr. Jähncke am Montag, den 6. d. M., im Rundfunk gehalten hat, und worin er betont, daß die Reichsbahngesellschaft bemüht ist, den Berlinern das Reisen so angenehm wie möglich zu machen, möchte ich auf einen unhaltbaren Zustand hinweisen, welcher sich an jedem Montag früh auf dem Ringbahnhof „Schönhäuser Allee“ abspielt und welcher zwecks Abhilfe der Reichsbahngesellschaft auf diesem Wege zur Kenntnis gebracht werden soll. Bekanntlich ist an allen Ringbahnhöfen der Andrang zu den Schaltern am Montag morgen allgemein stärker. Scheinbar ist dieses aber der Reichsbahngesellschaft nicht bekannt, sonst würde, ausgerechnet am Montag früh, auf Bahnhof „Schönhäuser Allee“ nicht bloß ein einziger Schalter geöffnet sein, obwohl fünf bis sieben vorhanden sind. Beschuldigung wird von den Arbeitern, um welche es sich fast ausschließlich handelt, verlangt, daß sie am Montag früh eine Stunde früher von Hause fort gehen müssen, um nach stundenlangem Anstehen trotzdem noch zu spät zur Arbeit zu kommen, wofür ihnen dann ihr sonst schon knapper Lohn noch gekürzt wird. Bloß weil man am Sonntag einen kleinen Ausflug mit der Familie machte und die Wochenkarte nicht Sonntags gelöst hat? Beschuldigung müssen sich jedesmal bei dieser Gelegenheit die widerlichsten Szenen abspielen, wobei den diensttuenden Beamten, welche an diesen Mißständen am wenigsten schuld sind, alle möglichen Lebenswürdigkeiten an den Kopf geworfen werden? Wenn ich mich auf diesem Wege an die Öffentlichkeit und somit an die Reichsbahngesellschaft wende, so glaube ich vielen Arbeitern aus der Umgebung des Bahnhofes Schönhäuser Allee einen Dienst zu erweisen, und hoffe, daß diese Zeilen dazu beitragen werden, dem Unheilstande abzuhelfen.

Die Reichsbahngesellschaft könnte hier in die Tat umsetzen, wovon Herr Dr. Jähncke so schön erzählt hat: „Wie der Berliner reisen möchte.“

Der Rundfunk und die Brieger Explosion.

Der Berliner Rundfunk gab gestern Abend um 11 Uhr nach einigen politischen Nachrichten auch einen Bericht über die schwere Explosionskatastrophe in Brieg. Der Bericht war ziemlich ausführlich und es schilderte verhältnismäßig eingehend die Sachschäden, so daß man schon aufatmend dachte, daß doch wenigstens Menschen nicht zu Schaden gekommen seien. Erst im Schlußsatz wurden auch die Menschenopfer des Unglücks mitgeteilt, und so wirkte diese Nachricht um so niederdrückender. Man hätte sich unwillkürlich vor die Frage gestellt, ob etwa dem Berliner Rundfunk die Beschädigungen an Mauern und Dachstühlen wichtiger erschienen als die Tötung von zwei und die schwere Verletzung von acht Menschen.

Die Notgemeinschaft Karlsruhe veranstaltete in dem Bestreben, dem Alter zu helfen und den Besuchern etwas zu bieten, auf der Rennbahn Karlsruhe ein Sommerfest. Das gute Wetter brachte der Veranstaltung einen Rossebesuch. Russische und sportliche Darbietungen wechselten miteinander ab. Erwähnenswert sind die reitportlichen Vorführungen der berittenen Schutzpolizei. Eine Mannschaft von sechs Mann machte Turnübungen auf drei Pferden. Das Hauptinteresse aller Besucher galt dem Fallschirm-Abstieg des Piloten Hinderlich. Als er aus einem Flugzeug aus 200 Metern Höhe absprang, kam der Fallschirm nicht voll zur Entfaltung. Durch die laufende Fahrt und den schweren Ausproll auf die Erde erlitt der Pilot einen verübergehenden Herzanfall. Sonst war das Fest ein voller Erfolg für die Veranstalter wie auch für den guten Zweck.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 9. Juli.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

4.30 Uhr nachm.: Schriftsteller Otto Köhler: „Ithaca, die Heimat des Odysseus“. 5.—6.30 Uhr abends: Konzert. 7 Uhr abends: Uebertragung aus Hamburg: „Unter zahmen und wilden Tieren“ mit dem Norag-Mikrophon in Hagenbecks Tierparadies. Vorspruch und verbindende Worte von Hans Bodenstedt. 1. Erinnerungen an meinen Vater. Ehrenorden für Karl Hagenbeck von Heinrich Hagenbeck. 2. Ein Gang durch das Tierparadies in Stellung von Ludwig. Mit den Versuchen der Uebertragung von Stimmen der Seelöwen, Walross, des Sumatra-Tigers, des Vogelhauses, der Hyänen und der Dromedare. 3. Tierfang in fünf Erdteilen von den Tierfängern Johannerg. Ebert und Schulz. 4. Bei den Malabaren. Uebertragung der Musik und der Gesänge des Malabarvolkes in der exotischen Völkerschau. Erklärende Worte von Jürgen, Johanna und Dr. Helmut vom phonetischen Staatslaboratorium in Hamburg. 5. Tierimport und Tierexport von Inspektor Mollmann. 6. Tierfütterung von Ludwig. 7. Tierdressur von Dompteur Fritz Schilling. 8. Hagenbeck-Humor. In den Zwischenpausen: Musik der Tierparkkapelle. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater und Filmdienst. 10.30 bis 12 Uhr abends: Tanzmusik.

Ausverkäufe.

Billig ist das entschieden, was man jetzt in den Schaufenstern der "Ausverkäufe"-Geschäfte sieht. Für 50 Pfennige eine Bluse, für 95 Pfennige ein Paar Schuhe, für 5 Mark einen Mantel; vieles um 50 Proz. gegen die bisherigen Preise herabgesetzt.

Verloren wurde auf dem Wege von der Gnekenaustraße bis zur Bellevue-Strasse eine schwarze Lederne Handtasche mit Inhalt.

Teilschulungsanstalt für Groß-Berlin. Hier Grobe Festkonzerte 1925/26. Internationale Volkstänze und Volkslieder. Czeche und Ukra - im Orient - Aus der neuen Welt - Der deutsche Tanz.

Amerikanische und italienische Kriegsschiffe im Rieler Hafen. Kiel, 8. Juni. (Teleunion.) Heute wird das amerikanische Schlachtschiff "Missouri" von Bresten durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal kommend, im Rieler Hafen eintreffen.

Das Land der Erdbeben.

Tokio, 8. Juli. (AP.) Bei dem Erdbeben, das gestern die Stadt Kagoja und ihre Umgebung erschütterte, ist nach den bisherigen Meldungen eine Person getötet worden.

Am Sonntag, den 12. Juli, nachmittags 3 Uhr:

Jugendfest

der Sozialistischen Arbeiter-Jugend Groß-Berlin im Schillerpark am Wedding.

Jugendfeier / Gemeinsame Spiele / Ausbeugung für Jugendhelfer / Festzug Teilnehmerkarte 30 Pf. Kinder frei.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik sind Berlin S.W. 46, Eldenstr. 2. Nicht an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 7. Trepp. rechts, zu richten.

Jungsozialisten-Hamburgfahrer.

Seit heute findet pünktlich um 1/2 8 Uhr in der Schule Gipsstr. 2a (Zentrum) die Probe für das Spiel der Berliner zum Hamburger Jugendtag statt.

Mittwoch Kreisleiterinnen! Bitte heute Dampferfahrt abrechnen!

- 1. Kreis Wedding. Morgen, Freitag, abends 7 Uhr. Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes an bekannter Stelle.

Morgen, Freitag, den 10. Juli:

- 21. VdL. Reichsanst. Der für heute vorgesehene Kreisabend fällt aus. Dafür Beteiligung an der Dampferfahrt nach Hohenberg.

Jugendveranstaltungen.

Bezirksausschuss und Bezirksleiter treffen sich heute, Donnerstag, 6 1/2 Uhr, am Untergrundbahnhof Cestras (Korbbogenstr.).

Lehrstuhl: Schule Schillerstr. 2a, Wilmersd. - Friedmann: Schule Offenbacher Str. 2a, Wilmersd.

Achtung, Hamburgfahrer!

Seit heute pünktlich 1/2 8 Uhr findet die Probe für das Spiel der Berliner zum Hamburger Jugendtag in der Gipsstr. 2a statt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Schockenstr. 27/28. Tel. 3 11.

Sport.

Rennen zu Grünwald am Mittwoch, den 8. Juli.

- 1. Rennen. 1. Me (Dertel), 2. Hohenberg (Bittner), 3. Kottbert (Schimmel). Toto: 79:10. Pl.: 28, 22, 61:10.

D.R.L.-Radrennen auf der Olympia-Radrennbahn.

Das nächste der beim Publikum viel Anklang gefundenen Radrennen der Ortsgruppe Berlin der Deutschen Radfahrer-Union findet am kommenden Sonntag, den 12. Juli, statt.

Weiterbericht für Berlin und Umgebung.

Bei wenig veränderter Temperatur. - Für Deutschland: Im Norddeutschen Küstengebiet von Venedig (samt überall mögliches bis heftiges Wetter, in Süddeutschland einsetzende Verschlechterung, zunehmende Gewitterneigung.

Theater, Lichtspiele usw. Staats-Theater Schauspielhaus Sommergastsp. 1925. Lesung: Leo Wathier Stein. Täglich 8 Uhr: Kreuzfeuer.

Römische Oper. U. Dir.: James Klein u. U. Berlins erfolgreichste Revue: Das hat die Welt noch nicht geseh'n Sommerpreis!

Reichshallen-Theater. Gastspiel der berühmten Dresdn. Viktoria-Sänger. Anfang 8 Uhr - 1. August: Waidweihn der Ritter Meyer.

WINTERGARTEN. Der ausserlesene Juli-Spielplan (Lesen und Lust).

LUNAPARK. Heute Sonntag. Feuerwerk. Schlußbild: Der Reichspräsident.

Neue Welt. Arnold Schönch. Hasenheide 104/114. Donnerstag, den 9. Juli: Großes Riesen-Kunstfeuerwerk.

Rose-Theater. U. U. Die vergessene Gartenbühne. U. U. Kunst und die Bergkette.

MEIROPOL VARIETE. 8 Uhr. Das erste klassische Juli-Programm. Stellenausschreibungen im Vorwärtsbestenachtung!

Berliner Prafer. Kastanienallee 7-9. Heute Gr. Volkstag. Gr. Varieté-Vorstellung.

Radio auf Miete. nach Original-Telefunken-Patenten gebaut und von der Reichspost genehmigt. Besuchen Sie!

MONATSMIETE 5 MARK. Nach einem Jahr Ihr Eigentum!

Bilanz p. (31. 12. 1924) 1. 1. 1925. Kassenkonto 471,19 M.

„ANTIK“. G. G. m. b. H. Der Vorhang 3825. Fuß, Boden, Stub. Tischm.

PEEK & CLOPPENBURG. BERLIN C19 / GERTRAUDTENSTRASSE 25-27 / ROSS-STR. 1-4. Für Straße, Sport und Reise. Damen-Kostüm 52.-, Damen-Motorrad-Anzüge 48.-, Damen-Lodenmäntel 24.-, Damen-Regenmäntel 38.-, Damen-Gummimäntel 19.-, Damen-Radfahr-Rock 11.-, Damen-Sport-Hüte 26.-, Damen-Strick-Westen 9.50 M.

Der Einbrecher.

Von Hans Hyan.

Einer von den neuen blautotgelb gemalten Wagen der Omnibusgesellschaft fuhr in dem schwerfälligen Trabe seiner starken Percherons den Boulevard entlang.

Auf dem Verdeck des Omnibus saß zwischen einigen Blusen*) ein Mensch in netter Kleidung und mit einem vollen, blühenden Gesicht. Er hatte einen steifen, schwarzen Filzhut auf dem Kopf, aber nichtsdestoweniger sah man, daß er das Haar kurz geschoren trug, so kurz etwa, wie den schwarzen Schnurrbart, der sich, als wäre er vor nicht langer Zeit abgenommen worden, gleich einem biden Kohlenstrich auf seiner Oberlippe hingog. Seine kleinen Wieselaugen suchten überall umher und stachen unter ihren halbgeschlossenen Lidern, wie Dolche unter kleinen Schilden, heroor.

Alles schien ihn zu interessieren: die mächtigen Platanen und Rüstern, die sich flüsternd und rauschend in der warmen Sommerluft wiegten, der heitere Himmel, den die scheldende Sonne wie in flammender Leidenschaft noch einmal küßte, und die Abendwölken, welche gleich Schwärmen von Flamingos in blauer Höhe dahinfliegen.

Dann betrachtete er die lustigen Gewebe der Telephondrähte. Gleich schwebenden Brücken, quer über die Straße hinweg und noch über dem Laub der Bäume verbanden sie die Häuser, und er lächelte, wenn in dem Augenblick, wo der Omnibus unter ihnen dahinfuhr, sich die Drähte über seinem Kopfe mit einer unerhörten Geschwindigkeit hinwegzureißen schienen.

Auch die vielen Eingeborgten machten ihm Spaß, wie sie, von den duftenden Laubmassen herbeigeleitet, die grünen Zweige mit ihrem Jubel erfüllten. Und plötzlich, wie bei einem Raubtier, spielte ein grausames, lusternes Lächeln um seine Lippen.

Er dachte an seine Kindheit, in dem Heimatdorf, wo er trotz aller Verbote des Lehrers die Vogelnester geplündert und die lustigen, zwitschernden Blaumeisen in Kästchen gefangen. Denen hatte er dann mit einer Nadel die hübschen, schwarzglänzenden Augen ausgestochen. . . . Ach, es war zu drollig, wenn er sie hernach wieder sitzen ließ und die kleinen Biester ängstlich schreiend aufflogen und mit den Köpfen gegen die Kiste der Waldbäume rannten, bis sie sich totstießen und herabsielen.

Aber, zum Teufel, er war am Ende schon vorbeigefahren? . . . Rein, dort das Haus mit den Karyatiden und den vielen Balkons war es . . .

Der Mann kletterte eilig vom Verdeck herunter und ging, wie jemand, der genau weiß, wohin er will, in den Torweg des Hauses hinein, über den Hof und den rechten Treppenaufgang hinaus.

Im Parterre begegnete ihm die Concierge (Hausmeistersfrau) mit einem Spohnkorb voll Holz unterm Arm.

„Zu wem wünschen Sie, mein Herr?“
„Zum Herrn Etatsrat Tallier,“ erwiderte der junge Mann fehendleibend.

„Drei Treppen, mein Herr . . . jawohl, der Herr Etatsrat Tallier wohnen in der dritten Etage . . . aber, ich glaube nicht, daß Sie jemand antreffen werden . . . das Dienstmädchen geht nämlich jeden Nachmittag ihre eigenen Wege, seitdem die Herrschaft vertrieben ist . . . Sie haben eine Bestellung, nicht wahr, mein Herr?“
Die Frau sah ihn prüfend an.

„Jawohl, ich komme aus der Kanzlei vom Herrn Rat. Er hat mir einen Auftrag gegeben für das Mädchen . . . Babette heißt sie ja wohl?“

„Suzette, mein Herr, Suzette! Aber gewiß, gehen Sie nur hinauf! Was ist es denn?“

Der Mann war indessen schon auf der Treppe. Die Frau schien das zu bedauern. Sie hätte gern noch ein wenig mit dem jungen, so gut aussehenden Herrn geplaudert und so vielleicht etwas Interessantes über „Talliers“ erfahren. Aber, der Stieg, wie gesagt, schon die Treppe hinauf, indem er noch ein freundliches „Ach danke Ihnen recht sehr, Madame!“ hinabrief, und so blieb ihr nichts übrig, als mit ihren ausgebreiteten Pantoffeln hinabzuschlurzen in ihren Keller.

Ober im zweiten Stock zog der Mann vorsichtig die Klingel — nur um sich zu vergewissern!

Obwohl keineswegs im Bureau des Herrn Etatsrats beschäftigt, war er dennoch vollkommen orientiert. Er wußte ganz genau, daß die noch sehr junge Frau des Etatsrats (dieser selbst war ein hoher Fünfziger) vor zwei Tagen in die Sommerwohnung aufs Land gefahren sei. Er hatte selbst das Vergnügen gehabt, diese graziose Brünnette in einer heißen, äußerst geschmackvollen Robe in die Droschke steigen zu sehen. Ebenso war ihm bekannt, daß den Rechnungsrat sein Bureau bis 7 Uhr abends festhielt.

Kinder gab es nicht, oder noch nicht in der Familie und das Dienstmädchen benutzte, wie die Frau drunten vorhin ganz richtig bemerkt hatte, den Nachmittag für gewöhnlich zu einem ausgedehnten Spaziergang.

Das lebhafteste Interesse, welches er für die Familie Tallier seit einer Woche hegte, hatte dem jungen Manne all' diese kleinen, anziehenden Details verschafft.

Als auf sein vorsichtiges Rufen niemand öffnete, zog er aus der Tasche seines Beinkleides eine Anzahl Dietriche und probierte behutsam und geschickt einen nach dem andern. Es paßte aber keiner davon. Der Einbrecher packte sie gemächlich wieder zusammen, steckte sie ein und zog statt ihrer aus der Brusttasche seines Rockes ein Futteral, in dem sich eine äußerst feingearbeitete Sticksäge und ein Zentrumsbohrer befand. Dann horchte er noch einmal aufmerksam nach der Treppe und, wie drunten alles still blieb, stemmte er mit der Geschicklichkeit eines geübten Handwerkers den Bohrer gegen die Türfüllung oberhalb des Schloßes, und bohrte die polierte Handhabe an dem glänzenden Schraubengang ein paar mal kräftig auf- und abknirschend, fast geräuschlos ein erdbeerhartes Loch in die Tür. An dieses setzte er die reichlich gebildete Sticksäge ein und in weniger als einer Minute hatte er ein Loch in die Tür geschnitten, durch das er bequem den Kopf stecken und von innen öffnen konnte . . .

Holla! Da lag noch eine Siederhülle vor — das Dienstmädchen war also vorn hinausgegangen . . .

Der Einbrecher griff wieder in die Öffnung und schob mit einiger Anstrengung die Kette zurück. Es war warm hier oben auf der Treppe . . .

Er befand sich in der Küche. In dem daranstoßenden Wohnzimmer überzeugte ihn das Reulemunt sofort, daß hier nichts Mitehmenwertes zu finden sei . . . oder holt, das Büßel! Ein prächtiges Stück, erhoben in Eichenholz geschliffen und ganz neu . . . Schade, daß man so etwas nicht fortzuschaffen konnte. . . . Der Schlüsselstecke . . . Gewiß, nachleben kann man immerhin: Gläser, Tafelzeug, einige Vorräte an Kuchen und Konfekt . . . das Konfekt war

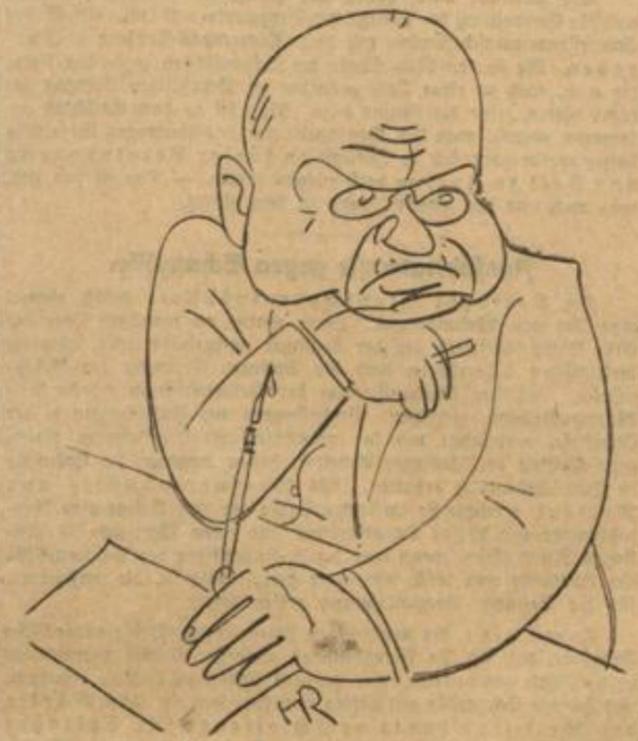
gut — der Inhalt der Kristallflasche verschwand wie durch Zauberschlag in seiner Rocktasche — und im übrigen Silber . . . jetzt bei dem schlechten Kurs! . . . nein, man hepackt sich doch nicht mit Sachen, die einem niemand gern abnimmt und die im günstigsten Fall zum Verräter werden . . . !

Etwas angegrigert öffnete der Einbrecher die rechtsliegende von zwei Türen.

Ein Salon, dessen Resedafarbe das durch die Jalousien gedämpfte Licht sehr günstig war, nahm ihn auf.

. . . . Dort der Sekretär! . . . Jemand, der jahrelang Schreiber bei einem königlichen Rotar gewesen ist, wird doch am Ende mit

Luther als Hamlet.



„Sein oder Nichtsein, das ist hier die Frage!
Nach rechts, nach links, was wird erfolgreich sein?
Heut' habe ich mit Stresemann die Plage,
Und morgen schaffst mir Westarp Angst und Pein.
Wird mir der Reichstag neue Fristen gönnen?
Ich traug' mich mit der Feder hinterm Ohr:
Brüllt ja, brüllt nein der nationale Chor?
Noch steh' ich hier. Wird' ich auch anders können?“

einem Schreibtisch umzugehen wissen! . . . Na endlich! Dreihundert Mark in Gold und 'n paar kleine Scheine. . . . Aber das ist doch hoffentlich nicht alles? Es scheint da noch ein geheimes Fach zu sein. . . . Aha, da ist eine Feder. . . . Nur leise, leise. . . . Wenn man schon einmal gefaßt worden ist, eines ganz überflüssigen Lärmes wegen, den der darunter wohnende Hauswirt gehört hatte, dann sieht man sich verdammt vor! . . . Und beiläufig bemerkt, fünf Jährchen, eine ekelhafte Pille!

Der Einbrecher schlich zurück ins Wohnzimmer und wandte sich nach der Tür zur Linken. Ein kleiner, ziemlich dunkler Korridor, in dem an einem Regal Kleidungsstücke hingen. . . . Die nahm er nun schon gar nicht!

Drei Türen waren da. Die eine nur angelehnt . . . was? . . . täuschte er sich nicht? Rein, da drin schlief jemand . . . lange, gleichmäßige Atemzüge. . . .

Behutsam erweiterte er den Türspalt und — blieb mit vorgestrecktem Kopf, die Muskeln wie von elektrischem Strome gespannt, laufflos auf der Schwelle stehen.

Mäuschenstill hielt er sich. So stand er eine ganze Weile und blickte hinein in den stillen Raum.

Auf den verhängenen Fenstern stand die Sonne und durchdrang sie mit einem goldig träumerischen Licht. Eine große Brummfliege slog summend durchs Zimmer, und die Glut des Tages bebte wie schwüler Märchenzauber darüber und bannte den Dieb auf der Schwelle.

(Schluß folgt.)

Malereien eines Niederländers.

Von Armin I. Wegner.

I.

Das einsame Tal.

Dies ist der Weg: zwischen dem Amd hindurch, die Hecke entlang, die um die grüne Weide herumläuft, von blühenden Sauerblumen überwachsen. Jeweilen plückt ich eins von ihnen; ihr Duft ist schwermütig. Schon einmal hat der Wind mir diesen Duft zugeiragen; aber wo war es doch . . . ? Ich kann mich nicht mehr entsinnen.

Zwischen dem Amditor hindurch sehe ich das Blich im Gras lagern wie Farbenslacken in der grünen Ebene. An der Ecke des Christuskreuz, vornübergebeugt, als wolle es sich vor mir verneigen mit seinem verwitterten hölzernen Rumpfen, der wie eine verborren Frucht zwischen der Kreuzung hängt. Dann der Bach, sieben Steine sind in sein Wasser gelegt; ich zähle sie immer, wenn ich hinübersteige. Sieben Steine sind es, wie die Tage der Woche, zwischen denen das Wasser ruhig und langsam hinabfließt.

Und ich steige den Abhang hinauf und lege mich unter die Sträucher in das Gras. Da liegt das Tal vor mir, eine offene Schale mit Wald und Blumen gefüllt. Dahinter am Berggrund die kleine Stadt. Die grauen Häuser stehen dicht aneinander wie eine Mauer, wie die Zinnen einer Burg erheben sich die Dächer, die Schote darüber, das Ganze ist wie die alte zerbröckelte Brustwehr einer Festung. Dort, hinter jenem steinernen Wall liegt die Welt, aus der ich kam, aber kein Ruf mehr kann mich über die verwitterte Mauer erreichen. . . . Nur die Wolken steigen von fern darüber, langsam wie Bergwanderer. Manchmal kommen sie zerfetzt, das weiße Gewand von den Zinnen der Burg zerfassen. Sie wachsen aus den Schloten der Dächer heroor, mit hohen gezackten Stirnen,

und gleiten vornüber und verlieren das Gleichgewicht. Wie schmale weiße Finger fallen sie über dem Tal. Oder sie kommen in der hellen Sonne als kleine Fingelschwinge Boten. Ich fange sie mit den Händen, meine Augen gehen ihnen nach durch den blauen Himmel. Wie weiße Spiegel standen sie über den Feldern und nahmen das Bild der Städte in sich auf. Auch über deinem Hause haben sie gestanden. Sie warfen einen Schatten durch das Fenster herein, auf dem Tisch wartend lag der Brief, den ich dir schrieb. (Und nun auf einmal weiß ich, an wen der Duft dieser Feldblume mich erinnert, die ich noch immer in den Händen halte). . .

Aber vielleicht war irgendwo in den Straßen ein Geschrei. Es war gegen Abend, und ein Betrunkener lachte, als sein Blick auf die gerötete Wolke fiel. An einer verlassenen Tür stand jemand und sah in die Dunkelheit. Da kamst du selber den Weg heraus, von den Langgäßen her. . . . Nicht weit, in einer dunkleren Gasse war ein Lauffuß, und die Leute schlangen an die verschlossenen Türen. In den Kaffeehäusern war es so hell. Nun fidiert ein Streifen Blut durch die Balken, eine Karawane des Mühsals, der Qualen. Wird es Nacht? . . . Drohend reckt seine Fäuste das alte Leben über das dunkelnde Tal.

II.

Abend am Meer.

Jeden Abend, wenn die Dämmerung kommt, hörst du das Bieh draußen in den Feldern brüllen, hörst, wie die Tiere sich Antwort geben von Weide zu Weide. Es ist Wehmüt in ihrer Stimme. Sie verlangen heim nach den Ställen.

Die Frauen kehrten vom Meilen zurück, das Tragholz über der Schulter. Die vollen Eimer mit den Schürren schwanken; ungewiß schaukeln sie in der Dämmerung wie hängende Flägel; es liegt etwas Platterndes in ihrem Gang wie in dem Schlagen von Fledermäusen. Die Tiere auf den Weiden aber schauen ihnen nach, die Augen voller Angst, und rufen, bis man sie endlich hereinnimmt.

Nun ist es draußen still geworden, still an den weiten Buchten, in die gegen Abend deine Seele sich ergoß, groß und offen wie das Licht der Sonne ins Meer.

Nur eine Stimme in der Ferne ruft noch immer. Vielleicht, daß man sie vergessen hat. Es ist ein mattes, helleses Brüllen, du fühlst, sie ist müde geworden. Du mußt dir vorstellen, wie das Tier nun da draußen steht, irgendwo zwischen den Dünen, wo dein Weg dich gestern hindurchführte, zwischen Sand und Heidekraut, wo deine Füße nicht weiterkonnten, an Strohhütten vorbei, die trauhaft lagen, mit dem Mond darüber wie einem gelben Flecken, mit erschreckend lauten Stimmen von Menschen aus den offenen Türen — es dauerte so lange, bis du an das Meer kamst, und da lag es endlich, groß und unendlich, und wuchs mit der Dunkelheit, und sah aus wie Schlamm und hatte einen kalten Geruch nach Salz und faulendem Seetang. Das war zu der Stunde, da der Tag von der Erde schon Abschied genommen und sich noch einmal zurückwendet wie der Liebende am Wegrand mit einem Lächeln voll Verzweiflung. . . . Du mußt dir vorstellen, wie das Tier nun da draußen steht, geduckt vor dem Dunkel, als wenn die Schatten wie etwas Gewaltiges von oben über seinen Rücken herabsprängen, mit Furcht vor dem Tau und der langen Kälte, ohne Gewißheit, nach Hause zu kommen . . . vor der Nacht, die so fürchterlich ist, und die auch für uns noch immer etwas Unbegreifliches hat.

Der Verkehrspolizist und sein Geheimnis.

Von Fritz Goldberg.

An einer Kreuzung der Kaiseralle, deren wachsender Verkehr das Ueberfahren des Fahrdammes dort immer gefährlicher werden ließ, steht seit einiger Zeit ein Polizist, der Ordnung in das Getriebe zu bringen sucht; das heißt, ursprünglich waren es zwei, und einige Male stellte sich sogar ein Leutnant ein, der mit Revolver und Säbel den Dienst seiner Untergebenen kontrollierte.

Jetzt also wird das Getriebe der Wagen von einem einzigen Polizisten beherrscht, der zwei Stunden mit seinen Armen die Luft durchschneidet, bis sein Kamerad zur Ablösung kommt. Dann überreicht er ihm irgendein Buch, das er aus einer zu engen Ledertasche herauszwängt, plaudert ein wenig mit ihm, — und merkwürdig, der Verkehr geht reibungslos weiter, auch ohne daß eine Hand sich hebt und senkt.

Ich habe oft an der Ecke gestanden und die Polizisten bei ihrer nicht leichten Arbeit beobachtet. Sie ordnen alle nach dem gleichen Prinzip, und doch hat jeder seine eigene Methode, beruhend auf seinem besonderen Temperament. Es gibt Melancholiker und Sanguiniker; manche arbeiten gemächlich, freundlich und mild, manche schnäuzen und sehen böse drein.

Einer ist unter den Polizisten, der mir vom ersten Tage an auffiel. Sein Aeußeres erinnert an glücklicherweise vergangene Kasernehostage: eine breite und dicke Gestalt, ein Bild, vor dem man sich irgendwo vertreiben möchte, weil man sich sofort schuldig fühlt, ohne etwas begangen zu haben; und vor allem ein Schnurrbart, wie ihn nur preußische Feldwebel besaßen.

Wäre ich Richter oder Chauffeur, ich müde auf alle Fälle die Straßenkreuzung, die jener beherrscht. Nicht, daß er immer fürchterlich wäre. Es gibt Tage, an denen er Verstöße gegen die Ordnung mild lächelnd gesehen läßt. Ein anderes Mal wieder begnügt er sich damit, seine Macht zu zeigen, indem er höhnisch lächelnd mit seinem langen Zeigefinger droht. Ist er mißgestimmt, so blickt er tückisch auf die Nummer des Wagens, die er sich eine Weile später notiert, ohne daß dessen Führer etwas davon ahnt. Manchmal aber polstert er los und macht den sündigen Richter so herunter, daß dieser zerknirschert davontrifft, ohne einen Einwand zu wagen.

Wie der Herr Feldwebel-Polizist aber auch gelaunt ist, immer herrscht eine eigene Atmosphäre, sobald er an der Straßenkreuzung kommandiert. Seine Kameraden ordnen den Verkehr, ihm genügt das nicht, bei ihm muß es „klappen“.

Ich habe lange gebraucht, bis ich hinter sein Geheimnis gekommen bin. Erst dachte ich, es seien die langen Arme, deren schneidende Schärfe den Verkehr regiere. Dann glaubte ich, es wären seine Augen, deren durchdringender Blick die Wagenführer in seinen Willen banne. Aber auch das ist es nicht. Heute kenne ich sein Geheimnis, das ich in einem visionären Momente erriet: sein Schnurrbart ist seine Macht. Nicht seine Arme, nicht seine Blicke, sein Schnurrbart ist es, der herrscht. Fast unmerklich hebt er die linke Spitze, — schon stoßen vor ihm und hinter ihm die Wagen, und aus den Straßenströmen brandet der Verkehr. Jetzt senkt er ganz wenig das rechte Ende des Schnurrbarts, — schon halten auf einen Schlag die Wagen in den beiden Seitenstraßen, und hinter ihnen und vor ihm turbelt man an. Seine Bartspitzen deuten an, was seine Arme, die Krächte, dann ausführen; fast möchte man sagen, sein Bart sei sein Hirn. Aber er ist noch mehr, ist der Gradmesser seines Gemütes. Liegt er auf beiden Enden regelmäßig und eben an, nun dann ist alles in Ordnung. Bewegt er sich leise an einem Ende, dann ist ein Verstoß gegen die Verkehrsordnung geschehen, der aber mit einem mehrmaligen Drohen des rechten Zeigefingers genügend geahndet ist. Sträubt sich der Bart auf beiden Enden nach vorn, so ist zum mindesten eine lange und vernünftliche Straf- rede die unausbleibliche Folge des Vergehens. Bäumen sich aber beide Enden des Schnurrbarts hoch empor, dann liebe ich angstvoll von meinem Beobachtungsposten, Ritfeld im Herzen mit dem armen Chauffeur, der als nächster ein Versehen begeht, und sei es auch ungewollt und ahnungslos. Denn ich weiß, wen es nun ereilt, da das Schnurrbartbarometer auf Sturm steht, der fann von Glück fagen, wenn er mit ein paar Schreien Justizhaus davonkommt.

*) Arbeiter nach der in Paris üblichen Arbeitsbluse.

Die Umstellung in der Kali-Industrie.

Auseinandersetzung der Interessenten.

Die glänzende Konjunktur der deutschen Kaliindustrie, die im Juni d. J. ihren Abstieg an Reinfakt (814 473 Doppelzentner) gegenüber dem gleichen Monat 1924 mehr als verdreifacht, ihren Halbjahresabstieg 1925 (7,33 Millionen Doppelzentner) gegen 1924 auf das 2/3fache gesteigert hat, hat es in der Öffentlichkeit von der Kaliindustrie still werden lassen. Noch vor wenigen Monaten tobte ein wilder Kampf um die Majorität der Beteiligungsquoten im Kalifundikat. Es war nicht nur die Bildung des bekannten Antiblocks (der tatsächlich mehr als 52 Proz. der Quoten auf sich vereinigen konnte), gegen den Wintershall-Konzern, die den Majoritätsstreit zum Schweigen brachte; es war auch das glänzende Geschäft, das gemeinsam in die Scheunen zu bringen war. Der deutsch-französische Kalivertrag, der den Weltabstoß auf 70 Proz. an Deutschland, zu 30 Proz. an Frankreich verteilte und vor allem durch eine Preisverbindung die gegenläufige Preiskonkurrenz in der Welt beseitigte, führte überdies Block und Antiblock weiterhin zu gemeinsamer Interessenswahrung zusammen und trug zum äußeren Frieden der feindseligen Brüder bei.

Unter der Oberfläche aber brannten die Interessengegensätze weiter. Die Generalkonferenz im Wilhelm-Sauer-Konzern und die Diskussion des Interessengemeinschaftsvertrages zwischen Wintershall und Gluckauf-Sondershausen, das seine Werke und Quoten auf 30 Jahre dem Wintershall-Konzern abtreten soll gegen Gewinngarantie von 10 Kalifundikatanteilen auf einen Sondershausen-Konzern, hat zu einer öffentlichen Auseinandersetzung der Block- und Antiblock-Brüder geführt. Dr. Wilhelm Sauer und Geheimrat Kosterger haben in höchst beachtenswerten Reden über das Zukunftsprogramm der deutschen Kaliindustrie die Klänge getrennt.

Die Gesamtlage der deutschen Kaliindustrie.

In kaum einer anderen Industrie Deutschlands hat der Kriegsausgang die Produktions- und Absatzverhältnisse so verschoben wie in der Kaliindustrie. In keiner anderen Industrie ist die Konzentration und Umwälzung der Produktions- und Bewertungsmethoden so schnell und gewaltig erfolgt, wie in der Kaliindustrie. Durchbrechung des natürlichen Weltmonopols Deutschlands durch den Verlust der essiglichen Gruben an Frankreich, Erschließung reicher Lager in Spanien, sündige Bohrungen in Texas, Mexiko, auf dem Balkan, in Asien, Erfindungen zur chemischen Verwertung der Kohlsäure im größten Maßstabe, diese Stichworte genügen, um die grundlegende Veränderung der Produktions- und Konkurrenzverhältnisse für die deutsche Kaliindustrie zu bezeichnen. Freilich haben die mittel-deutschen Kalischächte, die 1913 reichlich 97 Proz. Kohlsäureförderung gegen noch nicht 3 Proz. der essiglichen Gruben für sich in Anspruch nahmen, noch heute ein gewaltiges Übergewicht gegenüber Frankreich, dessen Salutanorteil nicht ewig dauert, und gegenüber der übrigen Weltproduktion und -bewertung, die noch in den allerbesten Anfängen steht. Frody und Salutanorteile Mitteldeutschlands, die Salutanorteile der baltischen Schächte, kombinieren sich aber doch zu so nachteiligen Wirkungen, daß eine Umstellung der Kaliwirtschaft Deutschlands als eine unausweichliche Notwendigkeit angesehen werden muß.

Die Umstellungspläne des Wintershall-Blocks.

Für den Wintershall-Konzern handelte es sich bei der Umstellung um den ersten entscheidenden Schritt zur Durchführung seines produktions- und absetztechnischen Programmes; um die partielle Übernahme der Kaliwerke Gluckauf-Sondershausen auf dreißig Jahre, um die konzentrierte kapitalintensive Verwertung der Gluckauf-Sondershausen-Quote, der die interessengemeinschaftliche Verwertung weiterer 80 Beteiligungsquoten in gleicher Weise folgen soll. Nach dem Vorbild des Antikonzerns sollen im Wintershall-Konzern die Bestellungen zusammengefaßt, auf jedes Wert diejenigen Mengen und Werte verteilt werden, die den einzelnen Werken am besten liegen, die Finanzkräfte sollen zusammengefaßt werden, die Umlage der notwendigen Finanzierungsgelder soll einheitlich im ganzen Konzern erfolgen, bei einer Gewinnverteilung nach dem Wert der übernommenen Quoten und dem Stand der entsprechenden Kurse und Aktien. Der Wintershall-Konzern habe diese Einstellung der Zentralisierung zu einem Prinzip gemacht, so erklärte Geheimrat Kosterger. Die Zentralisierung von Produktion, Absatz und Finanzierung und Ausbau der chemischen Verwertung der Kohlsäure im größten Maßstab ist tatsächlich das Merkmal der Wintershall'schen Konzernpolitik.

Die Politik des Antiblocks.

Nur in einem Punkte ist die Parallele zum Antikonzern falsch. Dieser Punkt führt sofort mitten hinein in das von Dr. Sauer im Wilhelm-Sauer-Konzern vertretene Umstellungsprogramm des Antiblocks. Der Antikonzern hat nicht, wie die Kaliindustrie und besonders der Wintershall-Konzern seine Gewinne auf die Waage stützender und mit Gewinnquoten zu speisender Werke zu verteilen, wodurch die Theorie Kostergers von der billigsten möglichen Preisstellung ein schweres Loch erhält. Hier knüpft Dr. Sauer an mit dem richtigen Einwand, daß durch die Stilllegung und die Gewinnabschüttung an die Gewerker der stillgelegten Schächte die Überkonzentration so schwere tote Lasten bringen müsse, daß die Organisationschwierigkeiten der Konzentration zu einem Mißerfolg führen müsse. Dasselbe gelte für den Ausbau von Chloralkalium-Kammern, der infolge der Beschränkung der Lager, die Gebundenheit des Standorts an die relativ schnell erschöpften Schächte und den massierten Kapitalaufwand die Kammernwerke wahrscheinlich zu einem für die Zukunft gefährlichen Augenblickserfolg machen werden. Während aber Kosterger wenigstens theoretisch möglichen Abbaue der Inlands- und Weltmarktpreise fordert, schließt Dr. Sauer an seinem Kampf gegen Stilllegungen auf Jahre hinaus und gegen die Überkonzentration in jeder Hinsicht die Forderung an, nicht durch gewaltmäßige Preisherabsetzungen den Absatz zu fördern und den Nutzen der Gewerker und Aktionäre zu suchen, sondern durch eine mächtige Preispolitik, die aber natürlich auf den höchst möglichen Preis, eventuell durch ein Weltkalifundikat abzielt.

Den schärfsten Ausdruck findet die Gegensätzlichkeit der beiden Auffassungen in der Konsequenz, die Kosterger tatsächlich ausspricht, Dr. Sauer aber zwischen den Zeilen deutlich ablehnt: daß das Kaligesetz von 1910 durch die Entwicklung der Verhältnisse überholt und die staatliche Preisbewirtschaftung durch das Kalifundikat zu beseitigen sei.

Die Interessen der Gesamtheit und der Belegschaften.

Die Frage ist, wie das volkswirtschaftliche Gesamtinteresse, wie das Spezialinteresse der Belegschaften gegenüber diesem Streite der Interessenten wahrzunehmen ist. Die Schlüssel für die richtige Wahrnehmung des gesamtwirtschaftlichen Interesses in diesem durchaus schwierigen, wenn auch hochinteressanten Streit liefert wie immer, wenn privatkapitalistische Interessengruppen um die zweckmäßigste und für sie gewinnreichste Ausbeutung der Produktions- und Absatzmöglichkeiten miteinander streiten, das, was sie gemeinsam vor der Öffentlichkeit verheimlichen. Kosterger will niedrige Preise trotz massenhaften Kapitalaufwands, und Belegung des staatlichen Kalifundikats, kommt aber notwendig zu hohen Preisen, die nach Aufhebung des Kalifundikats der Bewucherung des Inlandsbedarfs freie Bahn schaffen würde. Dr. Sauer will von vornherein hohe Preise wegen der unerträglichen Kostspieligkeit der Überkonzentration für die kleineren Konzerne und Beibehaltung des Kalifundikats, kommt aber auch an der Mitschleppung kleinerer Konzerne und ungenügend rentabler Schächte nicht vorbei. Beide jedoch verheimlichen, daß die Kaliindustrie nach wie vor im deutschen Inland ein

völlig unbestrittenes und durch die Frachtenlage völlig unbestreitbares Monopol besitzt, das der eine infolge seiner quotenmäßigen Minorität im Kalifundikat durch die Aufhebung, der andere infolge seiner quotenmäßigen Majorität im Kalifundikat durch die Beibehaltung des Kalifundikats ausbeuten gedenkt. Dadurch ergibt sich für die richtige Wahrnehmung des öffentlichen Interesses die denkbar einfachste Konsequenz gegen Kosterger und trotz Dr. Sauer das Kalifundikat mit seiner staatlichen Preisregulierung beizubehalten und Block und Antiblock gemeinsam den Austrag ihrer Konkurrenz- und Profitinteressen ruhig gegenseitig zu überlassen. Weil in einer solchen Lösung des Umstellungsproblems der deutschen Kaliwirtschaft aber zugleich auch die organischste Lösung gefunden wäre, die plötzliche Massenentlassungen von Belegschaften ausschloß, wäre sie auch die denkbar günstigste Lösung für die Belegschaften der Kaliindustrie, die nach Kosterger auf die Straße flögen, nach Dr. Sauer aber den Schmachtriemen enger schnallen müßten. R.—r.

Wie gemeldet wird, haben das preussische Handelsministerium und die Verwaltung der Preussischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. den Interessengemeinschaftsplan mit dem Wintershall-Konzern aufgegeben. Die starken Widerstände der Öffentlichkeit gegen den Plan, die u. a. auch zu einer Interpellation im Preussischen Landtag geführt hätten, seien der Grund dazu. Man sei zu dem Entschluß gekommen, obwohl man den Grundgedanken des Vertrages für richtig halte; werde aber sich in Zukunft in freier Vereinbarung von Fall zu Fall zu verständigen suchen. — Das ist just das, was auch uns das zweckmäßigste zu sein scheint.

Ausfuhrinteresse gegen Schutzölle.

Die Solinger Stahlwarenindustrie besaß einmal eine Art von Weltmonopol. Zwar wurde an manchem Orte der Erde Ware fabriziert, die der Solinger nachgebildet war, aber im wesentlichen beherrschten doch die Solinger Produkte die Absatzmärkte. Mit der Mechanisierung der Arbeitsleistung wurde diese Monopolstellung erschüttert. Umstellungen und Anpassungen in der Industrie, verbunden mit der vererbten und überlieferten Handgeschicklichkeit der Solinger Arbeiter, haben trotzdem die Industrie in ihrer Bedeutung erhalten. Als Ausfuhrindustrie von Welttruf erreichte sie im letzten Jahre vor dem Kriege eine Ausfuhrmenge von 59 510 Doppelzentner und einen Wert von 38 Millionen Mark. (Dies, wenn man die Ausfuhrziffern der Position 836a des Zolltarifs von 1902, was nicht ganz richtig ist, als maßgebend für die Solinger Spezialindustrie gelten läßt.)

Es war eine der ungünstigen Kriegsfolgen für die europäische Industrie, daß sich die Fabrikationen Solinger Artikel allenthalben in der Welt ausweiteten, eine größere Leistungsfähigkeit erlangten und sich um Schutzölle mit Erfolg bemühen konnten. Die Märkte der Welt sind heute verschaffener für Solinger Ware, als sie dies vor dem Kriege waren. Gleichzeitig hat sich die Konkurrenzfähigkeit ausländischer Stahlwarenindustrien erhöht. Zum Teil ringen sie nicht nur auf ihrem nationalen, für sie geschützten Markt mit der Solinger Industrie. Auch unter gleichen Bedingungen treten sie bereits im Export in Konkurrenz mit Solingen. Man kann nicht gerade behaupten, daß Solingen dabei unterlegen wäre. Nimmt man die deutsche Außenhandelsstatistik der jüngsten Vergangenheit vor, so findet man, daß die Ausfuhrziffern der erwähnten, im wesentlichen Solinger Erzeugnisse betreffenden Zolltarifposition 836a folgendes Bild ergeben:

1918.	59 510 dz im Werte von	38 825 000 M.
1924.	52 312	48 238 000
Jan./Mai 1925.	28 023	25 993 000

Die Solinger Industrie hat also nicht schlecht abgeschnitten. Beachtenswert ist dabei, daß sie den deutschen Markt so gut wie vollständig beherrscht. Die Einfuhr, die 1913 920 Doppelzentner betrug, hat 1924 nur 229 Doppelzentner und Januar-Mai 1925 215 Doppelzentner betragen. Das ist keine Folge des Zollschutzes, den die Solinger Waren aus Grund des bestehenden Zolltarifs genießen (15 Mt. für Rohware und 24 Mt. für Fertigware pro Doppelzentner), sondern im wesentlichen der Muster-Differenzierung und der allgemeinen Markt-Organisation bedankt. Der geltende Gewerkschutz, der billige und wertvolle Ware mit gleichen Sägen trifft, ist kein Schutzöl, eher eine zollpolitische Kinderlei. Seine jetzt beabsichtigte Erhöhung (auf 20 bzw. 48 Mt.) ist keine ernsthafte Angelegenheit. Wenn angenommen wird, daß davon irgendein wichtiges Interesse der Solinger Industrie abhängig wäre, so ist das eine irrtümliche Auffassung.

Das Interesse der Solinger Industrie liegt anderswo. Steht sie in schwerem internationalen Konkurrenzkampf, so nützen ihr nur Vorteile, die ihr darin helfen. Wenn auch die Solinger Artikel solche sind, in denen sich ein verhältnismäßig hoher Lohnanteil präsentiert, deren Materialwert also vergleichsweise nur gering ist, so spielen natürlich trotzdem die Materialpreise eine Rolle. Von dieser Seite her ist die Solinger Industrie unbedingt an billigen Preisen für die von ihr verarbeiteten Materialien interessiert. Materialverwertung durch Zölle, wie sie jetzt beabsichtigt ist, widerspricht dem Interesse der Solinger Ausfuhrindustrie. Noch wichtiger ist für sie der Abschluß günstiger Handelsverträge, welche auf die Abtragung der Zollmauern hinwirken, auf welche die Solinger Ware allenthalben trifft. Ist der jetzt in parlamentarischer Verhandlung befindliche Zolltarif solem Zollabbau im Wege (und das ist unzweifelhaft!), so ist er im Sinne der Solinger Industrie schlecht. Vorteile entspringen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Solinger Industrie nur aus dem Freihandel oder aus einem Zollsystem, das dem Freihandel so nahe wie möglich kommt.

Leider ist diese Tatsache aus den Organisationen der Solinger Industrie heraus bisher kaum zum Ausdruck gekommen. Die Solinger Industrie- und Handelskammer hat öffentlich gegen die Zollgesetzgebung und das beabsichtigte System der Abschaffung vom internationalen Markt (das andererseits auch eine Abperrung des Auslandes gegen deutsche Fabrikate zur Folge haben muß) noch nicht protestiert. Es ist nur bekannt, daß sie gegen die geplanten Sonderzölle auf Edelstähle zu wirken versucht. Die heutigen Vertreter der Solinger Industrie sind nicht aus dem Holz, aus dem Vorkämpfer für die weltwirtschaftliche Verflechtung geschmitten werden. Sie sind politisch mit den Vertretern der Schwerindustrie liiert und verzichten aus diesem Grunde auf die Rolle, die ihnen die „Belange“ ihrer Industrie im gegenwärtigen Zollkampf zuweisen. Dafür ist die Solinger Arbeiterschaft um so entschiedener entschlossen, gegen die Zollvorlage anzukämpfen. Als die Trägerin des wahren Fortschritts nimmt sie mit dem Kampfe gegen das deutsche Schutzölssystem auch den Kampf für die Niederreißung der völkertrennenden Zollmauern des Auslandes auf.

Die Stinnes-Legende.

„Die Hoffnung, die nur an einem Manne hängt, ist unsicher. Die glücklichsten Ergebnisse persönlicher Macht laufen Gefahr, nicht von Dauer zu sein. Was würde ferner geschehen, wenn die Grundlage des ganzen Gebäudes ins Wanken käme?“ Gaston Raphael, ein Franzose, der diese Frage noch bei Lebzeiten von Hugo Stinnes stellte (in seinem Buche *Le Roi de la Ruhr*, Hugo Stinnes. In deutscher Uebersetzung Berlin 1925), hat nicht geglaubt, daß er sobald eine Antwort darauf erhalten würde, die seinen Auffassungen nicht ganz entsprechen dürfte. Denn wenn Raphael auch auf manche schwache Stelle in dem Werke von Hugo Stinnes hinweist, so entspringt seine besorgte Frage doch nicht der Abneigung gegen das System, sondern der Liebe für den Mann. Mit großem Fleiße ist in dem Buche das Material über Stinnes zusammengetragen, aber an zwei Punkten geht er flüchtig vorüber. Er weiß uns nicht eine schöpferische Idee zu nennen, von der der „König der Ruhr“ besetzt gewesen wäre, wir hören auch nur wenig über die entscheidende Tatsache, daß der schnelle Aufstieg des Einen nur möglich war durch die eben so rasche Verelendung der vielen Millionen im Kriege und in der Nachkriegszeit.

Stinnes war kein Neuschöpfer, sondern ein Zusammenraffer. In dem „Mülheimer Kleinbürger“ wohnten Bauernschlauheit und geschäftliche Rührigkeit, betonte Altruismus und fruchtlose Ausnutzung aller Möglichkeiten eng beieinander. Er hat zur Verforgung des deutschen Heeres Konterbande hereingeführt und zu gleicher Zeit Italien, das schon zum Kriege gegen die Mittelmächte rüstete, Kohle geliefert. Er „evakuierte“ Zehntausende von belgischen Arbeitern nach Deutschland, er duldete keine Raiffeier in seinen Betrieben, er billigte es, daß Streiks gewaltsam niedergeworfen wurden; das alles hielt ihn nicht davon ab, mit den Gewerkschaften „Arbeitsgemeinschaften“ abzuschließen. Er suchte nach dem Kriege alle Verständigungsmöglichkeiten zu verhindern, aber er machte als erster seinen Sachlieferungsvertrag mit den Franzosen, mit einem Verdienst von 6 Proz. netto. Er konnte, wie ein anderer Industrieller von ihm sagte, kein Geschäft stehen lassen, „jedes, auch wenn es einem anderen gehört, will er miteinkönnen“. Er handelte mit Kohlen, Erzen, Eisenzeugnissen, Chemikalien, Maschinen, Wäthern, Häusern, Holz und Zeitungen; er unterhielt Elektrizitätswerke und Schiffsfahrtslinien. Nur das größte Geschäft ist ihm entgangen, die Besitzergreifung der deutschen Eisenbahnen.

Ran hat von Stinnes gesagt, daß er ein industrielles Warenhaus betriebe. Aber auch von Warenhaus verlangt man den logischen Aufbau, die organisatorische Gliederung. Gemäß hat Stinnes davon gefabelt, daß Deutschland ein einheitliches Wirtschaftsgebiet werden müsse, eingeteilt nach Wirtschaftsprovinzen (und mit Stinnes als Diktator). Das aber war, vom kapitalistischen Standpunkte aus gesehen, ein Hirngespinnst. Dieses Gebilde ließ sich nur verwirklichen, wenn Stinnes im Weltlauf zwischen Aneignung aller Sachwerte und der Enteignung aller Sachwertbesitzer Sieger blieb. So schnell aber auch Stinnes hinter der Inflation herrannte, so hatte diese doch die schnelleren Beine; sie erreichte zu frühe den Punkt, an dem die Geldbewertung an sich selbst zugrunde ging. Die stabilisierte Währung schließlich hat gezeigt, daß auch der Stinnes-Konzern nicht außerhalb der Gesetze der kapitalistischen Wirtschaftsweise bestehen kann. Wenn zu Lebzeiten seines Schöpfers noch so etwas wie die private Initiative eines einzelnen darin zu spüren war, so werden jetzt die Großbanken dafür sorgen, daß nur das nackte Profitbedürfnis des Finanzkapitals zur Geltung kommt.

Raphael meint an einer Stelle seines Buches, Stinnes sei ein „Uebermensch des Geschäftswesens“ gewesen, man habe in ihm das Symbol jener Großindustrie erblickt, die einen „möglichen Schrecken“ einflößt. Und an einer anderen Stelle behauptet er: „Boller Stinnes begrüßten ihn die Deutschen als Heiland, der sie zu der Herrlichkeit des Paradieses zurückführen sollte, aus dem sie vertrieben waren.“ Soweit die Arbeiterklasse in Frage kommt, hat sie den „König der Ruhr“ nie in solcher Weise eingeschätzt. Für sie war Stinnes das Symbol jener kapitalistischen Selbstsucht, die über Seidenberge hinweggeht, ohne mit der Wimper zu zucken. Die zusammenbrechende Wirtschaft der Inflationszeit hat die Arbeiterbewegung geschwächt und zugleich das Aufkommen der Konzernfürsten gefördert. Nun aber ist die Zeit gekommen, wo die Arbeiterklasse sich der in ihr ruhenden wirtschaftlichen und politischen Macht bewußt werden muß. Sie wird mit der Legende aufräumen, als ob ein einzelner als „Uebermensch“, als „Heiland“ die Welt auf eine höhere Stufe der Entwicklung führen kann.

Gegen Boraxzoll und Boraxtruf.

Der Reichsregierung und dem Reichstage ist aus Kreisen der boraxverbrauchenden Industrien (Glasindustrie, Emailierwerke usw.) eine Denkschrift zugegangen, in der diese Interessenten mit der Begründung für die beantragte Einführung eines Zolles auf Borax Stellung nimmt. Es wird darauf verwiesen, daß die deutschen Borax-Raffinerien sich durch ihren Kontrakt mit der Borax Consolidated Limited in London im weitesten Umfange ihrer Freiheit begeben haben, da diesem Trust sämtliche Boraxminen der Welt, die den Rohstoff zur Herstellung von Borax liefern, zur Verfügung stehen. Durch diesen Vertrag sind den deutschen Raffineuren eine Anzahl von Ländern, nämlich die Vereinigten Staaten, die Oesterreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten, Italien und Frankreich verschlossen. Für Rußland und Belgien sind besonders komplizierte Abmachungen getroffen. Für das übrige Ausland setzt die B.C.L. die Preise einseitig fest. Die deutschen Firmen sind an diese Preise gebunden.

Die Verbraucher stehen auf dem Standpunkte, daß die Regierung mit der Bewilligung der Boraxzölle jenen für die deutschen Raffineure so ungünstigen Vertrag beseitige. Das Interesse der deutschen boraxverbrauchenden Industrien erheische dagegen die Sicherstellung einer künftigen Befreiung mit Borax, die nur erreicht werden könne, wenn gewisse trustfreie amerikanische Firmen in gleicher Weise wie das Londoner Syndikat zur Befreiung herangezogen werden könnten.

Der Malerverband 1924.

Der Geschäftsbericht des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands für das Jahr 1924 gibt für das vierte Quartal 1924 einen Mitgliederbestand von 37 237 Personen an. Der Bestand Ende 1923 betrug 47 413 Mitglieder. Es ist also ein Rückgang um 10 176 = 21,4 Proz. eingetreten. Die Einnahmen belaufen sich für das Jahr 1924 auf 1 483 755,64 M. Die Gesamtausgaben stellen sich auf 903 233,77 M. Es ergibt sich also ein Gesamtvermögen des Verbandes per 31. Dezember 1924 in Höhe von 580 521,87 M. Die sozialen und Kampfunterstützungen konnten wieder aufgenommen werden. Die Ausgaben pro Mitglied betragen im Jahre 1924 bei der Arbeitslosenunterstützung 0,38 M., bei der Krankenunterstützung 0,01 M., bei der Sterbeunterstützung 0,12 M. und bei der Maßregelungsunterstützung 0,02 M. An Unterstufungen wurden pro Mitglied im Jahre 1924 insgesamt 0,53 M. aufgewendet.

Die Arbeitslämpfe haben im Jahre 1924 einen beträchtlichen Umfang angenommen. In den Malerbetrieben kam es zu 325 Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung und in den Lackierereien, Industriebetrieben und Werften zu 490 Bewegungen. In den Malerereien wurden davon 49 209 und in den Lackierereien usw. 11 230 Personen erfaßt. Erreicht wurde eine Lohnerhöhung pro Woche, die ungefähr zwischen 4,80 bis 10,31 M. schwankt. In den Malerereien sind 12 und in den Lackierereien, Industriebetrieben und Werften 14 Angriffsfälle zu verzeichnen. In den Malerereien kamen dafür 1751 Beschäftigte und in den Lackierereien usw. 345 Beschäftigte in Frage. Erreicht wurde in der Malerei pro Woche eine Lohnerhöhung, die zwischen 0,72 und 5,76 M., und in den Lackierereien usw. eine Lohnerhöhung, die zwischen 1,72 und 10,26 M. schwankt. In den Malerbetrieben war eine Aussperrung, in den Lackierbetrieben usw. 69 Aussperrungen zu verzeichnen. Betroffen wurden davon im ganzen in den Malerbetrieben 421 und in den Lackierereien 1687 Personen. Es konnte u. a. eine Erhöhung der Arbeitszeit pro Woche von 3 bis 6 Stunden abgewehrt werden.